

*Jürgen W. Falter/Hans Rattinger*

## Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse

### 1. Einleitung

Die Bundestagswahl vom März 1983 ist die zweite vorgezogene Wahl in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zu 1972 wurden rasche Neuwahlen nach dem durch den Koalitionswechsel der FDP im Herbst 1982 herbeigeführten Sturz der Regierung Schmidt von den meisten Politikern wie auch von der großen Mehrheit der Wählerschaft gefordert. Zur Vorgeschichte der Bundestagswahl 1983 gehörte allerdings auch, daß die Verfassungsmäßigkeit und damit ihr Zustandekommen bis zum Spruch des Bundesverfassungsgerichts kurz vor der Wahl umstritten waren. Fraglich war nicht nur, ob die Wahl überhaupt stattfinden würde, sondern vor allem auch, ob sich der in den Landtagswahlen nach dem Sturz Helmut Schmidts zeigende Sympathiebonus für die SPD und die Bestrafungsaktion gegen die FDP bis in den März fortsetzen würden. Mit Spannung wurde erwartet, ob es die Grünen erstmals bei bundesweiten Wahlen schaffen würden, die Fünf-Prozent-Marke zu überwinden. Kaum ein Zweifel bestand daran, daß die CDU/CSU stärkste Kraft im Bundestag werden würde; dagegen herrschte erhebliche Unsicherheit darüber, ob es ihr gelingen würde, eine absolute Mehrheit der Sitze im Falle des durchaus denkbaren Scheiterns der FDP an der Sperrklausel zu erringen.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen neben der Art und Weise des Regierungswechsels vor allem sozial- und wirtschaftspolitische Fragestellungen, insbesondere des Budgetausgleichs und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Probleme des Waldsterbens und der Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen standen damals vergleichsweise im Hintergrund der Auseinandersetzungen. In der Wahl erzielte die CDU/CSU ihr zweitbestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik; die SPD fiel auf ihren Stand von Mitte der sechziger Jahre zurück. Die FDP überwand die Fünf-Prozent-Hürde überraschend glatt, auch wenn sie schwere Stimmenverluste gegenüber 1980 hinnehmen mußte. Die Grünen schließlich kamen knapper als vielfach erwartet in den Bundestag. Damit ergab sich eine klare Regierungsmehrheit der bürgerlichen Koalition, die sogar noch etwas stärker war als die des sozialliberalen Bündnisses 1980 bis 1982.

Der vorliegende Aufsatz stellt die Ergebnisse einer Normalwahlanalyse der Bundestagswahl 1983 dar. Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Logik der Normalwahlanalyse, ihre Besonderheiten und ihre Anwendung auf diese Wahl erläutert. Einer Globalanalyse des Wahlergebnisses folgen dann zwei Abschnitte über einer-

seits den Einfluß sozialstruktureller und demographischer Faktoren und andererseits den Einfluß politischer Einstellungen auf das Wahlverhalten. Im letzten Teil des Aufsatzes geht es um allgemeine Orientierungen gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik, um Beurteilungen des Regierungswechsels und verschiedener möglicher Koalitionsregierungen, um Einstellungen zur Wirtschaftslage und zu anderen politischen Sachfragen, um Kompetenzzuweisungen an die politischen Parteien, um Kanzlerpräferenzen und schließlich um die relative Bedeutung der beiden letztgenannten Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung.

## 2. Normalwahlanalyse: Die Methode und ihre Besonderheiten

### 2.1. Logik und Methode der Normalwahlanalyse

Die Methode der Normalwahlanalyse und ihre Übertragung auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik wurden von uns an anderer Stelle ausführlich dargestellt<sup>1</sup>. Deshalb wird hier nur eine kurze Zusammenfassung ihrer zentralen Überlegungen und der Besonderheiten der Anwendung des Verfahrens auf die Bundestagswahl 1983 vorgelegt.

Die 1966 von Converse<sup>2</sup> in die Wahlsoziologie eingeführte Normalwahlanalyse stellt keine eigenständige Theorie dar, sondern ein Verfahren zur theoretisch angeleiteten Analyse von Wahlergebnissen und von Bestimmungsfaktoren individueller Wahlentscheidungen. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß die meisten Wähler nicht bei jeder Wahl vor einer völlig offenen Entscheidungssituation stehen, sondern längerfristig begründete Vorlieben und Abneigungen gegenüber den zur Wahl stehenden politischen Parteien mitbringen, die ihr Wahlverhalten erheblich beeinflussen können. Dabei ist zunächst zweitrangig, ob derartige längerfristig stabile „Parteiidentifikationen“<sup>3</sup> im Sinne des sozialpsychologischen Ansatzes der Ann Arbor-Gruppe<sup>4</sup> affektive, durch politische Sozialisation und „Wahlerfahrung“<sup>5</sup> erworbene und verfestigte Orientierungen darstellen oder ob sie eher aufgrund sozialstruk-

1 Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, S. 320–421; Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Parties, Candidates and Issues in the German Federal Election of 1980: An Application of Normal Vote Analysis, in: *Electoral Studies*, 1. Jg. 1982, H. 1, S. 65–94.

2 Philip E. Converse, The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *Elections and the Political Order*, New York: Wiley 1966, S. 9–39.

3 Jürgen W. Falter, Parteiidentifikation, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen/Rainer Prätorius (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, S. 284–287.

4 Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York: Wiley 1960.

5 Peter Gluchowski, Wahlerfahrung und Parteiidentifikation, in: Kaase/Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System* (Anm. 1), S. 442–447.

tureller Determinanten entstehen — zwei Erklärungen, die sich keineswegs gegenseitig ausschließen.

Die empirisch für die Bundesrepublik ebenso wie für die Vereinigten Staaten zuverlässig abgesicherte Grundannahme, daß relativ beständige Parteibindungen existieren, führt zu der folgenden Fundierung der Normalwahlanalyse auf der *Individualenebene*: Wenn bei einer *fiktiven Wahl kurzfristige* politische Einflußfaktoren, also Effekte von politischen Sachfragen und Kandidaten, überhaupt nicht am Werke wären, dann würde die individuelle Stimmabgabe allein von der jeweiligen Parteiidentifikation und von „unpolitischen“ Größen bestimmt. Es ist wichtig festzuhalten, daß auch bei einer solchen fiktiven Wahl im politisch „luftleeren Raum“ ein unmittelbarer Schluß von der individuellen Parteiidentifikation auf das Wahlverhalten nicht möglich wäre, weil das Konzept der Parteiidentifikation erstens neben unterschiedlichen Intensitäten der Parteibindung auch die affektiv „Unabhängigen“ einschließt (was jedoch keinesfalls impliziert, daß sich diese der Wahl enthalten) und weil es zweitens durchaus die Möglichkeit von der Parteiidentifikation abweichenden Wahlverhaltens aufgrund „unpolitischer“ Faktoren (z. B. im Interesse des familiären Friedens) zuläßt. Damit stünde für ein bestimmtes Individuum für eine derartige fiktive Wahl aufgrund seiner jeweiligen Parteiidentifikation nicht etwa ein bestimmte Stimmabgabe definitiv fest, sondern für jedermann gäbe es eine individuelle Verteilung von — zunächst prinzipiell unbekannt — Wahrscheinlichkeitswerten über die verschiedenen Abstimmungsalternativen hinweg, zu denen natürlich auch die Möglichkeit der Wahlenthaltung gehört. Die Summe dieser Wahrscheinlichkeitswerte muß für jedes Individuum selbstverständlich eins sein.

Wären diese Wahrscheinlichkeitswerte für alle Wahlberechtigten bekannt, dann könnte man sie für alle Personen mit gleicher Parteiidentifikation mitteln, um ein für diese Gruppe insgesamt charakteristisches Bild der Wahrscheinlichkeit verschiedener Abstimmungsmöglichkeiten zu gewinnen. Solche mittleren Wahrscheinlichkeiten der Wahlenthaltung<sup>6</sup>, des Verbleibs bei der Partei, mit der man sich identifiziert („Haltequote“) und des Übergangs zu einer anderen Partei („Abfallquote“) wären als erwartete relative Häufigkeiten dieser verschiedenen Formen des Wahlverhaltens bei gegebener Parteiidentifikation zu interpretieren. Verfügte man für jede Ausprägung der Parteiidentifikation über einen entsprechenden Vektor von aggregierten Wahrscheinlichkeitswerten, dann könnten diese Vektoren zu einer Übergangsmatrix von der Parteiidentifikation zu erwartetem Wahlverhalten zusammengefaßt werden. Anhand dieser Matrix und der empirisch ermittelten Verteilung der Parteiidentifikation zu einem bestimmten Zeitpunkt könnte man dann ein hypothetisches Wahlergebnis für diesen Zeitpunkt errechnen, das von jeglichen

6 In der Praxis der Normalwahlanalyse werden die verschiedenen Wahrscheinlichkeiten der Teilnahme an der Wahl und des Übergangs von einer bestimmten Parteiidentifikation zu einem bestimmten Wahlverhalten in getrennten Analyseschritten bearbeitet, indem zuerst aus der Verteilung der Parteiidentifikation bei allen Wahlberechtigten ihre Verteilung bei den Wählern und erst dann das aufgrund dieser Verteilung und der Übergangswahrscheinlichkeiten erwartete „normale“ Wahlergebnis ermittelt wird. Für die Logik des Verfahrens ist dies jedoch unerheblich.

kurzfristigen politischen Einflüssen auf die Stimmabgabe frei wäre und allein die aktuelle Verteilung der Parteiidentifikation und die jeweiligen spezifischen Übergangswahrscheinlichkeiten widerspiegeln.

Genau dies ist das erste Hauptanliegen der Normalwahlanalyse. Es geht ihr darum, einem tatsächlichen Wahlausgang ein derartiges gewissermaßen „chemisch reines“ Wahlergebnis als „Normalwahl“ gegenüberzustellen. Ein solcher Vergleich kann zeigen (vielleicht viel besser als der Vergleich mit einer früheren Wahl), wer die eigentlichen Gewinner und Verlierer sind (gemessen an den Erwartungen aufgrund der aktuellen Verteilung der Parteianhängerschaften) und wie stark kurzfristige politische Einflußfaktoren zu wessen Gunsten den tatsächlichen Wahlausgang gegenüber dem hypothetischen Normalwahlergebnis verändert haben, das nur erreicht wird, wenn keine derartigen kurzfristigen Einflüsse wirken bzw. wenn sie sich insgesamt gegenseitig in ihrer Wirkung aufheben.

Nach dieser im Gegensatz zur üblichen Darstellungsweise von einer reduktionistischen theoretischen Fundierung ausgehenden Einführung des Normalwahlkonzepts versteht es sich von selbst, daß seine größte Schwierigkeit in der Erarbeitung der erwähnten Übergangsmatrix liegt, wobei drei Probleme besonders hervorzuheben sind: Erstens verfügt man offensichtlich nicht über entsprechende Informationen für die gesamte Bevölkerung, sondern ist auf Daten aus politischen Meinungsbefragungen bei zufällig ausgewählten Stichproben angewiesen. Zweitens sind trotz der – sinnvollen – theoretischen Grundlegung des Normalwahlkonzepts auf der Individualebene die individuellen Wahrscheinlichkeiten verschiedener Abstimmungsalternativen kaum beobachtbar, so daß das Konzept praktisch auf die Ebene von Aggregaten und Teilaggregaten verkürzt wird. Man kann nur die relativen Häufigkeiten verschiedenen Wahlverhaltens bei gegebener Parteiidentifikation ermitteln, ohne etwas über die zugrundeliegenden individuellen Wahrscheinlichkeitsvektoren sagen zu können, von denen man bestenfalls das kategoriale Resultat (Wahlenthaltung, Parteiloyalität oder Abwanderung) genau kennt. Drittens schließlich ist das errechnete Normalwahlergebnis nur dann eine „chemisch reine“ Repräsentation der allein aus der Verteilung der Parteiidentifikation abgeleiteten Erwartung, wenn die zugrundegelegte Übergangsmatrix selbst ebenfalls „chemisch rein“ ist, also keine Effekte von politischen Kurzfristfaktoren enthält. Das ist aber praktisch unmöglich, denn jeder zu einem bestimmten Zeitpunkt für Personen mit einer bestimmten Parteiidentifikation erhobene Übergangsvektor muß die Auswirkungen der aktuellen personellen und sachlichen politischen Auseinandersetzungen widerspiegeln, deren Wahlrelevanz sich ja genau in Verschiebungen von Haltequoten und Abwanderungsraten niederschlägt.

Seit dem ursprünglichen Entwurf von Converse wird in der Normalwahlanalyse zur Lösung dieser Problematik das Verfahren praktiziert, die Übergangsmatrix von der Parteiidentifikation zum erwarteten Wahlverhalten aus einer Reihe von früheren, vor der zu analysierenden Wahl liegenden Zeitpunkten durch Mittelwertbildung abzuleiten. Dem liegt die *Annahme* (oder besser *Hoffnung*) zugrunde, daß sich dadurch die zu den einzelnen Zeitpunkten wirksamen Kurzfristeffekte gegenseitig aufheben. Wir haben diese Lösung in unserer Normalwahlanalyse der Bundestags-

wahl 1980 übernommen und gehen auch in diesem Aufsatz keinen anderen Weg. Wir unterstreichen jedoch nachdrücklich die zentrale Bedeutung dieser Annahme der Normalwahlanalyse, daß man zulässigerweise die fiktive und unbekannte im Querschnitt aus individuellen Übergangswahrscheinlichkeiten aggregierte Übergangsmatrix durch eine im Längsschnitt aus gruppenspezifischen Übergangsvektoren aggregierte Übergangsmatrix annähern kann.

Bereits in seiner ersten Darstellung der Normalwahlanalyse erweiterte Converse ihren Einsatzbereich über den globalen Vergleich zwischen tatsächlichen und von kurzfristigen politischen Einflüssen freien erwarteten Wahlergebnissen hinaus, indem er auf die Möglichkeit hinwies, derartige normale, nur durch Parteiidentifikationen und unpolitische Faktoren verursachte Stimmenverteilungen auch für einzelne Teilgruppen der Wählerschaft bzw. von Stichproben zu berechnen, die nach theoretisch interessierenden Variablen definiert sind. Dadurch ergeben sich zwei bedeutsame Vergleichsmöglichkeiten, nämlich einerseits zwischen den erwarteten Normalwahlverteilungen in den einzelnen Teilgruppen und andererseits zwischen erwarteten und beobachteten Stimmenverteilungen innerhalb der einzelnen Gruppen. Der erste Vergleich ist je nach Art der Variablen, die zu der Unterteilung der Wählerschaft führt, unterschiedlich zu interpretieren. Handelt es sich um eine längerfristig stabile sozialstrukturelle Größe (z. B. Schichtzugehörigkeit), reflektieren unterschiedliche erwartete Stimmenverteilungen den Einfluß dieser Größe auf die Parteiidentifikation. Handelt es sich um eine politische Einstellung, reflektieren unterschiedliche erwartete Stimmenverteilungen den Einfluß der Parteiidentifikation auf die jeweilige Einstellung. Dieser erste Vergleich führt zu der Ermittlung sogenannter Langfristeffekte, indem er aufzeigt, in welchem Umfang zwischen den durch eine Variable definierten Teilgruppen unterschiedliche beobachtete Stimmenverteilungen aufgrund unterschiedlicher Parteiidentifikationen in diesen Teilgruppen erwartet werden müssen, wie stark Parteiidentifikation und diese jeweilige Variable zusammenhängen.

Der zweite Vergleich, also der zwischen beobachteten und erwarteten normalen Stimmenverteilungen, zielt auf die sogenannten Kurzfristeffekte der jeweiligen Variablen ab. Da die Erwartungswerte aus den Verteilungen der Parteiidentifikation in den einzelnen Ausprägungen der jeweiligen Variablen errechnet werden, sind derartige Abweichungen durch die verschiedenen Verteilungen der Parteiidentifikation in den einzelnen Teilgruppen nicht mehr erklärbar. Vielmehr muß es sich bei diesen Abweichungen um von Effekten der Parteiidentifikation freie, „reine“ Auswirkungen der jeweiligen Drittvariablen auf das Wahlverhalten handeln. Derartige Kurzfristeffekte kann man sich als systematische Modifikation der *normalen* Übergangsmatrix von der Parteiidentifikation zum Wahlverhalten vorstellen: Wer bestimmte sozialstrukturelle Merkmale oder bestimmte politische Einstellungen hat, wählt bestimmte Parteien bei gegebener Parteiidentifikation systematisch „übernormal“ bzw. „unternormal“. Der Gesamteffekt dieser Veränderungen der normalen Übergangsmatrix in den einzelnen Kategorien einer sozialstrukturellen oder attitudinalen Drittvariablen wird durch die Abweichungen zwischen erwarteten und beobachteten Stimmenanteilen genau erfaßt.

Diese zweite Einsatzmöglichkeit der Normalwahlanalyse ist nichts anderes als ein Verfahren zur Ermittlung des Einflusses einer Drittvariablen auf das Wahlverhalten bei Kontrolle der Parteiidentifikation – unter der Annahme, daß (im Falle von politischen Einstellungen) die letztere sowohl diese Drittvariable als auch das Wahlverhalten mehr oder weniger bestimmt. Die entsprechende Verwendung der Normalwahlanalyse geht aus ihrer Anwendung zur Bestimmung von globalen, reinen Normalwahlergebnissen unmittelbar hervor und erfordert weder zusätzliche Annahmen noch speziell für bestimmte Drittvariablen zugeschnittene Übergangsmatrizen. Hat man erst einmal die globalen Normalwahlparameter (bzw. brauchbare Schätzungen), dann steht einer theoretisch angeleiteten Analyse der Beziehungen zwischen Parteiidentifikation, Wahlverhalten und allen möglichen Drittvariablen nichts mehr im Wege. Es verwundert deshalb nicht, daß das Instrument in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten vor allem in dieser Variante gerne angewandt worden ist<sup>7</sup>, die inhaltlich natürlich wesentlich ergiebiger ist als die bloße Gegenüberstellung von tatsächlichem und hypothetischem „normalen“ Wahlausgang für die gesamte Wählerschaft.

## 2.2. Normalwahlanalyse für die Bundesrepublik

Die Anwendung der Normalwahlanalyse für die Bundesrepublik haben wir in unseren früheren Publikationen ausführlich dargestellt<sup>8</sup>. Sie weicht notwendigerweise in einigen Punkten mehr oder weniger stark vom amerikanischen Original ab. Erstens kennen die Vereinigten Staaten das Instrument der repräsentativen Wahlstatistik nicht, das sich hierzulande aber hervorragend dazu eignet, die Zusammensetzung der tatsächlichen *Wähler* nach Parteiidentifikation aus der Verteilung der Parteiidentifikation bei allen *Wahlberechtigten* zu bestimmen. Zweitens handelt es sich beim amerikanischen Wahlsystem um ein klares Zweiparteiensystem mit einer eindeutigen Eindimensionalität des Parteiidentifikationskonzepts, während das Mehrparteiensystem der Bundesrepublik durch die Reduktion auf eine analoge Dimension der Parteiidentifikation von „stark SPD“ über „schwach SPD“, „unabhängig“, „schwach CDU/CSU“ bis zu „stark CDU/CSU“ in eine etwas künstliche Eindimensionalität gepreßt wird. Drittens ist aus dem gleichen Grund die Übergangsmatrix für die Bundesrepublik wesentlich komplexer als für die Vereinigten Staaten. Dort gibt es für jede Ausprägung der Parteiidentifikation nur eine „Haltequote“ – die „Abfallsrate“ zur (einzigen) Gegenpartei steht damit *ex negatione* fest. Hierzulande gibt es in unserer Version der Normalwahlanalyse für jede Ausprägung der Parteiidentifikation vier sich auf eins addierende Wahrscheinlich-

7 Vgl. z. B. Richard W. Boyd, *Popular Control of Public Policy*, in: *American Political Science Review*, 66. Jg. 1972, H. 2, S. 429–449; Arthur H. Miller/Warren E. Miller, *A Majority Party in Disarray*, in: *American Political Science Review*, 70. Jg. 1966, H. 3, S. 753–778; Warren E. Miller/Teresa E. Levitin, *Leadership and Change: The New Politics and the American Electorate*, Cambridge, Mass.: Winthrop 1976.

8 Vgl. Anm. 1.

keiten der Stimmabgaben: für CDU/CSU, SPD, FDP und sonstige Parteien. Viertens schließlich ist in den USA das in den letzten 15 Jahren in der Bundesrepublik immer wieder angetroffene Phänomen einer systematischen Verfälschung der in Interviews bekundeten Wahlabsichten (zugunsten der SPD und zuungunsten der CDU/CSU) praktisch unbekannt, die sich natürlich auch in den aus früheren Umfragen geschätzten Übergangswahrscheinlichkeiten niederschlagen muß und eine entsprechende Korrektur erfordert.

Unsere Normalwahlanalyse der Bundestagswahl 1980 beruhte auf Normalwahlparametern (Übergangsmatrix, Wahlbeteiligungskorrekturfaktoren, Wahlabsichtskorrekturfaktoren), die aus den Beziehungen zwischen Parteiidentifikation und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen von 1969 bis 1976 abgeleitet worden waren, gleichzeitig wurden dort auch schon die Normalwahlparameter unter zusätzlicher Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Bundestagswahl 1980 aufgestellt, die dieser Untersuchung der Bundestagswahl 1983 zugrundeliegen<sup>9</sup>. Unsere Normalwahlanalysen sind damit grundsätzlich prospektiv, indem insgesamt oder für einzelne Wählergruppen erwartete Stimmenanteile allein aus aktuellen Verteilungen der Parteiidentifikation und gemittelten früheren Übergangswahrscheinlichkeiten, Wahlbeteiligungsraten und Verzerrungsfaktoren ermittelt wurden.

Die Bedeutung der letzteren für die Durchführbarkeit und sinnvolle Interpretierbarkeit der Normalwahlanalyse in der Bundesrepublik kann nicht überschätzt werden. In Tabelle 1 sind für 1980 und 1983 „rohe“ (d. h. nur aus der Verteilung der Parteiidentifikation und der jeweiligen Übergangsmatrix abgeleitete) Normalwahlergebnisse korrigierten Normalwahlergebnissen und dem jeweiligen tatsächlichen Wahlausgang gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, daß der Vergleich zwischen Normalwahl und Wahlergebnis je nachdem ganz anders ausfällt, von welchem Normalwahlresultat man ausgeht, wobei vor allem die beiden großen Parteien betroffen sind. Für 1980 ergibt sich beim Vergleich mit der „rohen“ Normalwahl ein sehr schlechtes Abschneiden der SPD und ein „übernormales“ der CDU/CSU. Bereinigt man die Normalwahl um die bekannte Verzerrung der Wahlabsichtsfrage, dann ergibt sich ein genau „normales“ Ergebnis für die Unionsparteien und immer noch eine Einbuße der SPD gegenüber ihrer Normalwahl. Weil dies allen gängigen Interpretationen der politischen Verhältnisse im Jahre 1980 widerspricht, haben wir geschlossen, daß die Erhebung der Parteiidentifikation durch die gleichen Prozesse wie diejenige der Wahlabsicht verzerrt sein könnte. Hierfür gibt es jedoch keine evidenten Nachweis- oder Bereinigungsmaßstäbe, da die „wahre“ Verteilung der Parteiidentifikation – im Gegensatz zum realen Wahlergebnis – unbekannt ist. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Korrekturfaktoren der Wahlabsichten vorab auch auf die Verteilung der Parteiidentifikation anzuwenden (dritte Zeile in Tabelle 1). Dies führt dann in der Tat zu einer sehr plausiblen Normalwahlschätzung für 1980, nach der die SPD und die sonstigen Parteien „normale“ Stimmenanteile erringen konnten, während die FDP auf Kosten der Unionsparteien rund drei Prozentpunkte „übernormal“ abschnitt.

<sup>9</sup> Falter/Rattinger, Parteien (Anm. 1), Tabellen 6 und 8.

Tabelle 1: Normalwahl und Wahlergebnis 1980 und 1983

	CDU/CSU	Zweitstimmen (%)		
		SPD	FDP	Sonstige
Normalwahl 1980	41,1	50,2	7,2	1,4
Korrigierte Normalwahl 1980	44,0	46,2	7,8	1,9
Zusätzlich für fehlerhafte Mes- sung der Parteiidentifikation kor- rigierte Normalwahl 1980	47,2	43,3	7,7	1,9
Zweitstimmen 1980	44,0	43,5	10,6	1,9
Normalwahl 12/82	45,5	44,6	7,8	2,0
Korrigierte Normalwahl 12/82	48,9	40,0	8,7	2,4
Normalwahl 2/83	43,2	46,5	8,2	2,0
Korrigierte Normalwahl 2/83	46,5	41,8	9,2	2,4
Zweitstimmen 1983	48,8	38,2	7,0	6,0

Quellen: 1980: Falter/Rattinger, Parteien (Anm. 1), Tabellen 6 und 7 und S. 356; 12/82: Umfrage des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg i. Br.; 2/83: ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen.

Für 1983 erweist sich eine derartige zweistufige Korrektur als entbehrlich. Aus den im Dezember 1982 und im Februar 1983 erhobenen Parteiidentifikationsverteilungen ergeben sich zwar „rohe“ Normalwahlverteilungen, die beide große Parteien etwa gleichauf bzw. die Sozialdemokraten immer noch vorn zeigen, die einfache Bereinigung der Verzerrung der Wahlabsicht führt jedoch bereits zu sehr plausiblen Normalwahlverteilungen, nach denen die Unionsparteien 1983 etwa „normal“ bis etwas darüber abgeschnitten haben, Sozialdemokraten und FDP deutlich unter der jeweiligen Normalwählerwartung, die sonstigen Parteien, namentlich also die Grünen, deutlich „übernormal“. Der Überblick über die Entwicklung der Parteiidentifikation von 1969 bis 1983 in Tabelle 2 zeigt, warum die zweistufige Korrektur der Normalwahl 1983 im Gegensatz zu 1980 nicht mehr erforderlich ist: Ähnlich wie 1972 lag 1980 der Vorsprung der SPD vor den Unionsparteien nach dem Anteil der (starken und schwachen) Identifizierer bei über zehn Prozentpunkten, Ende 1982 und Anfang 1983 war daraus ein ungefährer Gleichstand geworden. Dies ist sicherlich weniger als eine massenhafte Umschich-

Tabelle 2: Parteiidentifikation 1969–1983

	1969	1972	1976	1980	12/1982	2/1983
stark SPD	18,1	31,0	22,3	28,6	18,8	19,5
schwach SPD	11,3	11,1	16,2	14,1	16,2	18,8
unabhängig	41,7	29,2	25,9	25,1	28,4	26,3
schwach CDU/CSU	12,6	9,5	15,9	11,2	13,1	14,9
stark CDU/CSU	16,2	19,2	19,7	20,9	23,5	20,3

Quellen: Wie Tabelle 1.



tung der Parteibindungen denn vielmehr als ein deutlich gesteigener „Bekennenmut“ der Unionsanhänger auch in der Frage nach der Parteiidentifikation zu interpretieren, wodurch die Erhebung der Parteiidentifikation wesentlich zuverlässiger geworden ist.

Tabelle 2 belegt ferner, daß das im Vergleich zur Normalwählerwartung günstige Ergebnis für die Grünen nicht auf einen dramatischen Anstieg der „unabhängigen“ Wähler wie in früheren Jahren zurückgeführt werden kann, die traditionell durch die stärkste Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für sonstige Parteien gekennzeichnet sind. Der Anteil der Unabhängigen lag 1983 nicht höher als bei den drei vorausgegangenen Bundestagswahlen. Dagegen war 1983 die Wahrscheinlichkeit, daß unabhängige Wähler für sonstige Parteien stimmen würden, erheblich höher als in früheren Jahren und damit auch erheblich höher als in der „normalen“ Übergangsmatrix. Im Mittel 1969 bis 1976 (der Grundlage der Normalwahlanalyse der Bundestagswahl 1980) betrug diese Wahrscheinlichkeit 3,4 Prozent. 1980 betrug sie schon 12,7 Prozent, wodurch das Mittel 1969 bis 1980 (die Grundlage der folgenden Normalwahlanalyse der Bundestagswahl 1983) auf 5,7 Prozent steigt. 1983 lag diese Wahrscheinlichkeit bei über 20 Prozent (vgl. Tabelle 3), während die Unabhängigen umgekehrt im Mittel 1969 bis 1980 zu fast einem Viertel, 1983 jedoch nur noch zu einem Zehntel FDP wählen wollten. Solche kurzfristigen Veränderungen der tatsächlichen aktuellen Übergangsmatrix werden von den Normalwahlparametern natürlich nur mit einer beträchtlichen Zeitverzögerung und Dämpfung nachvollzogen. Dies ist jedoch nicht etwa eine Schwäche der Normalwahlanalyse, son-

*Tabelle 3:* Parteiidentifikation und Wahlabsicht Dezember 1982, Februar 1983 und Mittelwerte 1969–1980

Parteiidentifikation	Wahlabsicht			
	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
stark SPD	0,4	95,8	0,4	3,4
	0,0	98,5	0,5	1,0
	1,6	94,2	3,6	0,6
schwach SPD	7,8	89,6	0,5	2,1
	4,2	92,1	0,3	3,4
	2,6	91,9	4,6	0,9
unabhängig	37,3	33,9	8,1	20,6
	32,3	32,1	12,8	22,9
	35,1	36,5	22,7	5,7
schwach CDU/CSU	92,1	2,0	5,3	0,7
	92,7	2,4	4,5	0,4
	92,2	4,8	2,8	0,3
stark CDU/CSU	96,7	1,7	1,4	0,0
	97,6	1,4	0,7	0,2
	95,8	1,8	1,2	1,1

Oberer Wert: Dezember 1982; mittlerer Wert: Februar 1983; unterer Wert: Mittel aus 1969, 1972, 1976, 1980.

dem Teil ihrer Stärke: 1983 gingen die Verluste der FDP und die starken Gewinne der Grünen eben nicht auf das Konto längerfristiger Parteiidentifikationen, die sich im Fall der Grünen ja erst noch im Laufe der Zeit herausbilden müßten, sondern sie spiegelten die kurzfristigen Effekte des Koalitionswechsels bzw. politischer Einstellungen und Sachthemen wider, welche zu entsprechenden Abweichungen von den „normalen“ Übergangsmustern führten.

### *2.3. Zur Darstellung von Einflüssen auf das Wahlverhalten in der Normalwahlanalyse*

Wir haben nun die grundlegende Logik der Normalwahlanalyse dargestellt, auf Probleme ihrer Übertragung auf die Bundesrepublik hingewiesen und einige Besonderheiten der Bundestagswahl 1983 unter dem Normalwahlaspekt erläutert. Darauf wird noch einmal kurz im dritten Abschnitt dieses Aufsatzes eingegangen. Zuvor sind jedoch noch einige Ausführungen zur Darstellung und Bestimmung der Einflüsse von sozialstrukturellen und attitudinalen Variablen auf das Wahlverhalten bei Kontrolle der Parteiidentifikation im Rahmen des Normalwahlansatzes zu machen, die im vierten und fünften Abschnitt inhaltlich analysiert werden.

In der amerikanischen Literatur werden gewöhnlich zwei Verfahren zur Darstellung von Normalwahlanalysen verwandt, nämlich einerseits Grafiken und andererseits die von Boyd entwickelten Effektkoeffizienten<sup>10</sup>. Normalwahlgrafiken enthalten üblicherweise auf der Abszisse die verschiedenen Kategorien der auf ihren Effekt zu analysierenden Drittvariablen, auf der Ordinate werden die in den einzelnen Kategorien erwarteten und beobachteten Stimmenanteile abgetragen. Die beiden Verbindungslinien der erwarteten und der beobachteten Werte machen Langfrist- und Kurzfristeffekte sofort optisch eindrucksvoll sichtbar: Je stärker die erwarteten Werte sich zwischen den einzelnen Kategorien unterscheiden, je steiler also die entsprechende Verbindungslinie, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen der jeweiligen Drittvariablen und der Parteiidentifikation. Je stärker sich die beobachteten von den erwarteten Werten unterscheiden, je weiter die beiden Verbindungslinien voneinander abweichen, desto stärker ist der kurzfristige, von Einflüssen der Parteiidentifikation freie Effekt der jeweiligen Drittvariablen auf das Wahlverhalten. Im Mehrparteiensystem der Bundesrepublik gibt es natürlich zu jeder Drittvariablen für jede Partei eine derartige Grafik, die man zur Vereinfachung (etwa auf Kosten der Übersichtlichkeit) in einem einzigen Schaubild zusammenfassen kann.

Normalwahlgrafiken sind sicherlich eindrucksvoll und plausibel, und wir werden sie auch in diesem Aufsatz bisweilen verwenden. Allerdings können sie auch irreführend sein, weil das bloße Auge den Effekt unterschiedlicher Fallzahlen in den einzelnen Kategorien nicht ohne weiteres ermessen kann. Wenn eine besonders auf-

10 Boyd, *Popular Control* (Anm. 7).

fällige Abweichung des erwarteten Wertes oder des beobachteten vom erwarteten Stimmenanteil in einer sehr schwach besetzten Kategorie anfällt, dann steht der optische Eindruck der Normalwahlgrafik in keinem Verhältnis zu den Gesamteffekten der jeweiligen Variablen auf das Wahlverhalten. Dies hat Boyd veranlaßt, seine Normalwahlkoeffizienten L (Langfristeffekt) und S (Kurzfristeffekt) einzuführen. L erfaßt den Zusammenhang zwischen der jeweiligen Drittvariablen und der Parteiidentifikation als (mit den Fallzahlen in den einzelnen Kategorien der Variablen) gewichtetes Mittel der absoluten Differenzen zwischen in den einzelnen Kategorien erwartetem und global erwartetem Stimmenanteil, S erfaßt den reinen Effekt der Drittvariablen auf das Wahlverhalten als gewichtetes Mittel der absoluten Differenzen zwischen beobachteten und erwarteten Stimmenanteilen<sup>11</sup>.

Die Boydschen Effektkoeffizienten sind jedoch trotz ihrer häufigen Verwendung nicht ganz unproblematisch. Die Liste der Kritikpunkte ist umfangreich: Es bestehen Unklarheiten über den Wertebereich der Koeffizienten, Signifikanzkriterien stehen nicht zur Verfügung, sie können nicht ohne weiteres zwischen verschiedenen Variablen und zwischen verschiedenen Zeitpunkten verglichen werden (weil eine einheitliche Metrik vergleichbar der Varianzdekomposition fehlt), S kann den Kurzfristeffekt von Variablen überschätzen (weshalb wir einen modifizierten Wert S\* eingeführt haben<sup>12</sup>), die Richtung von Zusammenhängen wird schließlich nicht zum Ausdruck gebracht<sup>13</sup>.

Angesichts dieser Situation und der bestehenden Platzbeschränkungen haben wir uns für die folgende Darstellung der Wirkungsweise von einzelnen Variablen in der Normalwahlanalyse der Bundestagswahl 1983 entschieden: Wir geben in den nachfolgenden Tabellen für jede zu analysierende Variable die Boydschen Koeffizienten L und S\* (modifiziertes S) an, daneben werden für einige ausgewählte Variablen auch Normalwahlgrafiken wiedergegeben. Die vollständige Information der entsprechenden Normalwahlgrafik fassen wir für die wichtigeren und interessanteren der analysierten Variablen in *Bruttoeffektkoeffizienten* für den Langfrist- und den Kurzfristeffekt in jeder Kategorie zusammen. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, daß neben den gewichteten mittleren Effekten (den Boydschen Koeffizienten) auch die reinen ungewichteten Effekte in den einzelnen Kategorien berichtet werden, die trotz geringerer Fallzahlen bisweilen inhaltlich äußerst relevant sind, da hierbei auch die Richtungen der Zusammenhänge sichtbar werden. Diese Bruttoeffekte sind je nach Anzahl der Kategorien einer Variablen unterschiedlich definiert. Bei reinen Dichotomien (z. B. Geschlecht) stellen wir die eine Kategorie der anderen gegenüber, bei mehr als zwei Ausprägungen dienen erwartetes und beobachtetes Gesamtmittel als Ausgangspunkt. Im Fall von Dichotomien ist also der

11 Zur ausführlicheren Darstellung vgl. Falter/Rattinger, Parteien (Anm. 1), S. 343 ff.

12 Vgl. ebd., S. 347 ff.

13 Zur Kritik der Boydschen Normalwahlkoeffizienten vgl. Benjamin E. Page/Calvin C. Jones, Reciprocal Effects of Policy Preferences, Party Loyalties and the Votes, in: *American Political Science Review*, 73. Jg. 1979, H. 4, S. 1071–1089; Hans Rattinger/Jürgen W. Falter, Normal Vote Analysis: A Methodological Note, in: *European Journal of Political Research*, 12. Jg. 1984, H. 2, S. 277–288.

langfristige Bruttoeffekt einer Variablen definiert als  $E_2 - E_1$ , ihr kurzfristiger Bruttoeffekt als  $(B_2 - E_2) - (B_1 - E_1)$ , wobei E für erwartete und B für beobachtete Werte steht. Im Fall von mehr als zwei Ausprägungen ist der langfristige Bruttoeffekt in der i-ten Kategorie definiert als  $E_i - \bar{E}$ , der kurzfristige Bruttoeffekt als  $(B_i - E_i) - (\bar{B} - \bar{E})$ , wobei  $\bar{B}$  bzw.  $\bar{E}$  für beobachtetes bzw. erwartetes Gesamtmitel stehen. Berechnung und Interpretation dieser Bruttoeffekte sollen am Beispiel der Normalwahlgrafik in Abbildung 4 verdeutlicht werden (Tabelle 4).

Tabelle 4 enthält im oberen Teil in der ersten bis zur dritten und in der fünften bis zur siebten Zeile diejenigen Werte, die gewöhnlich in der Normalwahlgrafik dargestellt werden. Die Interpretation der aus diesen Werten nach den obigen Formeln berechneten Bruttoeffekte im unteren Teil der Tabelle ist einfach: Die Zahl 28,0 als langfristiger Bruttoeffekt für die CDU/CSU bei häufigerer Kompetenzzuschreibung an die Unionsparteien etwa gibt an, daß bei Personen mit derartiger Kompetenzeinschätzung allein aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikation ein um 28 Prozentpunkte höherer Stimmenanteil der Unionsparteien (73,4 Prozent) als bei der Gesamtwählerschaft (45,4 Prozent) erwartet wird. Dies spiegelt natürlich den Einfluß der längerfristigen Parteibindungen auf solche Kompetenzurteile wider. Die Zahl 10,2 als kurzfristiger Bruttoeffekt für die CDU/CSU in der gleichen

**Tabelle 4:** Bruttoeffekte von Kompetenzbeurteilungen bei neun politischen Sachfragen auf Wahlverhalten (Februar 1983)

		CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
			Erwartet (Normalwahl)		
CDU/CSU häufiger kompetent		73,4	17,0	7,5	2,2
beide gleich oft kompetent		29,2	54,3	13,1	3,3
SPD häufiger kompetent		12,9	74,9	9,9	2,4
Gesamt		45,4	43,3	9,0	2,4
			Beobachtet (Wahlabsicht)		
CDU/CSU häufiger		83,3	9,4	6,0	1,3
beide gleich		20,8	51,1	3,7	24,4
SPD häufiger		1,0	87,0	1,1	10,9
Gesamt		45,1	43,8	3,9	7,3
	N		Boyd'sches L		
	1113	28,6	26,9	1,5	0,2
			langfristiger Bruttoeffekt		
CDU/CSU häufiger	570	28,0	- 26,3	- 1,5	- 0,2
beide gleich	107	- 16,2	11,0	4,1	0,9
SPD häufiger	436	- 32,5	31,6	0,9	0,0
			Boyd'sches S*		
	1113	10,1	8,4	3,7	2,1
			kurzfristiger Bruttoeffekt		
CDU/CSU häufiger	570	10,2	- 8,1	3,6	- 5,8
beide gleich	107	- 8,1	- 3,7	- 4,3	16,2
SPD häufiger	436	- 11,6	11,6	- 3,7	3,6

Kategorie besagt, daß die Unionsparteien bei solcher Kompetenzbeurteilung um 10,2 Prozentpunkte stärker über ihrem Erwartungswert abschneiden (+ 9,9 Prozentpunkte) als in der Gesamtstichprobe (- 0,3 Prozentpunkte). Dies gibt natürlich den von Wirkungen der Parteiidentifikation freien Effekt dieser Einschätzung der Problemlösungskompetenz auf das Wahlverhalten wieder.

Einige abschließende Bemerkungen zu dieser tabellarischen Präsentation der Normalwahlanalyse sind noch erforderlich: Erstens sind die Summen beider Bruttoeffekte in jeder Kategorie einer jeden Variablen logischerweise gleich Null; wenn eine Partei in einer bestimmten Kategorie einen höheren Erwartungswert als ihren globalen hat, dann muß für mindestens eine andere Partei in dieser Kategorie weniger als ihr globaler Erwartungswert erwartet werden. Zweitens bedeutet die unmittelbare Gegenüberstellung der beiden Kategorien im Fall von Dichotomien keinen Informationsverlust, sondern nur eine Vereinfachung, da ja auf die Gesamtwählerschaft bezogene Bruttoeffekte in den beiden Kategorien logischerweise im Vorzeichen entgegengesetzt sein und sich dem Betrag nach auf den Bruttoeffekt beim unmittelbaren Vergleich der beiden Kategorien addieren müssen. Ebenso gilt drittens, daß die auf Gesamtmittel bezogene Darstellung bei mehr als zwei Kategorien (wie in Tabelle 4) ohne weiteres in einen direkten Vergleich der Effekte zwischen beliebigen Kategorien umgesetzt werden kann. So gilt beispielsweise in Tabelle 4, daß die Unionsparteien bei häufigerer Kompetenzzuschreibung an sie selbst um 18,3 Prozentpunkte ( $18,3 = 10,2 - (-8,1) = (83,3 - 73,4) - (20,8 - 29,2)$ ) stärker über ihrem Erwartungswert abschneiden als bei gleich häufiger Kompetenzzuweisung an die beiden großen Parteien, oder daß die sonstigen Parteien bei häufigerer Kompetenzzuschreibung an die SPD um 9,4 Prozentpunkte ( $3,6 - (-5,8)$ ) stärker über ihrem Erwartungswert liegen als bei höherer Kompetenzeinschätzung der Unionsparteien. Viertens ist erneut hervorzuheben, daß die als Prozentpunktdifferenzen ausgedrückten Bruttoeffekte im Gegensatz zu den Boydschen Effektkoeffizienten nicht nur die Stärke, sondern auch die Richtung der Zusammenhänge angeben.

Fünftens schließlich muß nochmals die Beziehung zwischen  $L$  und  $S^*$  einerseits und den lang- und kurzfristigen Bruttoeffekten andererseits verdeutlicht werden: Die (durch die Fallzahlen in den einzelnen Kategorien einer Drittvariablen) gewichteten Mittelwerte der langfristigen sowie der kurzfristigen Bruttoeffekte sind für eine jede Partei natürlich gleich Null. Wegen der Definition von  $L$  versteht es sich dagegen von selbst, daß  $L$  nichts anderes ist als das gewichtete Mittel der *Beträge* der jeweiligen langfristigen Bruttoeffekte. Für das ursprüngliche  $S$  gilt dasselbe für die kurzfristigen Bruttoeffekte. Wegen unserer Modifikation zu  $S^*$  können hier jedoch mehr oder weniger starke Abweichungen auftreten; gewichtetes Mittel aus *absoluten* kurzfristigen Bruttoeffekten und  $S^*$  sind nicht immer identisch. Die Beziehung zwischen den nachfolgend präsentierten Bruttoeffekten und den Boydschen Effektkoeffizienten ist also ganz einfach: Die ersteren geben den Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und einer Drittvariablen bzw. zwischen dieser Drittvariablen und dem Wahlverhalten für jede einzelne Ausprägung dieser Variablen an, die letzteren messen den absoluten mittleren Zusammenhang über

alle ihre Ausprägungen hinweg. Je mehr Ausprägungen eine Variable hat und je ungleichmäßiger sie besetzt sind, desto eher ist es möglich, daß ein starker Bruttoeffekt einer Variablen in einer einzelnen relativ schwach besetzten Ausprägung untergeht. Normalwahlgrafiken oder die im folgenden von uns berichteten Bruttoeffekte sind geeignete Instrumente, um dem entgegenzuwirken.

### 3. Globalanalyse der Bundestagswahl 1983 – Normalwahl oder „kritische Wahl“?

In der Öffentlichkeit, auch der wissenschaftlichen (!), wurde die Bundestagswahl 1983 angesichts der beträchtlichen Verschiebungen im Wahlergebnis gegenüber 1980 stellenweise als „kritische Wahl“ charakterisiert<sup>14</sup>. Gegenüber der Vorwahl konnte die CDU/CSU 4,8 Prozentpunkte hinzugewinnen, die SPD verlor 5,3 Prozentpunkt, die FDP büßte 3,6 Prozentpunkt ein, und die Sonstigen, d. h. praktisch ausschließlich die Grünen, verbesserten sich gegenüber 1980 um insgesamt 4,1 Prozent. Der Abstand zwischen den großen Parteien wuchs hiermit von 0,5 auf sage und schreibe 10,6 Prozentpunkte, d. h. er verzwanzigfachte sich. Die Unionsparteien verfehlten nur relativ knapp die absolute Stimmenmehrheit. Im Falle eines – am Wahlabend lange Zeit nicht unwahrscheinlichen – Scheiterns der Grünen an der Sperrklausel hätten sie somit eine sichere absolute Mandatsmehrheit im Bundestag erreicht, was wiederum möglicherweise zu einer Alleinregierung geführt hätte.

Doch handelt es sich tatsächlich um eine „kritische Wahl“, bei der die Wählerschaft hinsichtlich ihrer längerfristigen Parteibindungen neu geordnet worden wäre, eine Wahl, bei der sich eine (bisher nicht bestehende) strukturelle Mehrheit zugunsten der CDU/CSU bei gleichzeitigem Regierungswechsel herausgebildet hätte? Denn genau das meint das auf V. O. Key zurückgehende Konzept der „kritischen Wahlen“<sup>15</sup>.

Ein Blick auf Tabelle 1 belegt, daß hiervon nicht die Rede sein kann. Die Proponenten der Einstufung als einer „kritischen Wahl“ fallen vielmehr dem typischen Fehlschluß von Vorgängen auf der Regierungs- und Koalitionsebene auf Vorgänge auf der Wählerebene zum Opfer: Zu massenhaften Umorientierungen von Wählerloyalitäten kam es bei der Bundestagswahl 1983 ebensowenig wie 1980<sup>16</sup>. Tabelle 1 belegt, daß, obwohl im Herbst 1982 durch den Koalitionswechsel der FDP eine neue Bundesregierung ins Amt kam, was zu einer tiefgreifenden Änderung der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland führte, auf der Wählerebene im Aggregat – Paneldaten, die die Periode von 1980–1983 umfassen würden, liegen uns leider nicht vor – keine vergleichbaren Verschiebungen in der Verteilung der

14 So z. B. auch von Werner Kaltefleiter, Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/1983, S. 3–17.

15 Vgl. V. O. Key, Jr., A Theory of Critical Elections, in: *Journal of Politics*, 17. Jg. 1955, H. 1, S. 3–18.

16 Vgl. Falter/Rattinger, Parteien (Anm. 1), S. 354 ff.

Parteihängerschaften stattfanden. Die CDU/CSU blieb bei nur geringfügigen Schwankungen um ihren (doppelt korrigierten) Normalwahlwert von 1980 auf der Ebene der längerfristigen Parteiloyalitäten strukturell Mehrheitspartei; die SPD mußte, was ihre Normalwahlwerte angeht, nur geringfügige Einbußen hinnehmen. Die Steigerungen bei den „Sonstigen“ hielten sich ebenfalls in Grenzen; die Zunahme der FDP bildet wohl eher ein Artefakt der Methode ab als ein tatsächliches Anwachsen von *Parteineigungen zugunsten der Liberalen*.

Vergleicht man die für 1983 ermittelten (prädierten!) Normalwahlwerte mit dem tatsächlichen Zweitstimmenergebnis, so zeigen sich für die großen Parteien nur relativ geringe Abweichungen zwischen dem erwarteten und dem tatsächlichen Ausgang der Wahl. Die Unionsparteien erreichten 1983 – im Gegensatz zu 1980, wo sie beträchtlich unter ihrem Normalwahlwert blieben – mindestens ihr Normalwahlergebnis, wenn sie es nicht sogar leicht übertrafen. Dagegen verfehlte die SPD, die 1980 exakt ihren Erwartungswert erreicht hatte, diesen 1983 recht deutlich. Die FDP, die bei der Vorwahl fast 40 Prozent mehr Wähler mobilisieren konnte, als aufgrund der längerfristigen Parteibindungen zu erwarten gewesen wäre – es handelt sich hierbei in erster Linie um Unionsanhänger, die mit dem Spitzenkandidaten ihrer Partei nicht einverstanden waren<sup>17</sup> –, verfehlte im März 1983 ebenso deutlich ihren bei Normalwahl zu erwartenden Stimmenanteil. Die Grünen schließlich erzielten aus Gründen, die bereits weiter oben erläutert wurden (vgl. 2.2.), weitaus mehr Stimmen, als aufgrund der Verteilung von Parteiidentifikationen in der Wählerschaft zu erwarten gewesen wären.

Das Wahlergebnis vom März 1983 liegt mithin nicht nur äußerst geringfügig von den Erwartungswerten entfernt, sondern diese Erwartungswerte selbst unterscheiden sich nicht allzu stark von den Normalwahl-Erwartungswerten des Jahres 1980. Dies bedeutet, daß die Bundestagswahl 1983 keinesfalls eine kritische Wahl im Sinne V. O. Keys war, ja noch nicht einmal eine „abweichende Wahl“, bei der sich das Wahlverhalten gravierend von der Verteilung der Parteiidentifikationen in der Wählerschaft unterscheiden würde, sondern daß es sich – von der Parteiidentifikation her gesehen – um eine typische machterhaltende Wahl, eine sogenannte *maintaining election* handelte, bei der sich das in der vorangegangenen Wahlperiode dominierende Muster der Verteilung der längerfristigen Parteibindungen fortsetzte<sup>18</sup>. So gesehen, fiel die Bundestagswahl 1983 trotz aller Aufregung um Art und Zeitpunkt des Koalitionswechsels der FDP und trotz der daran anknüpfenden „Bestrafungsaktionen“ in einigen zwischen dem Koalitionswechsel und dem Tag der Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahlen deutlich „normaler“ aus als ihre – von den Spitzenkandidaten her betrachtet – so überaus polarisierte Vorgängerwahl.

17 Vgl. ebd., Tabellen 7 und 8.

18 Vgl. hierzu Jürgen W. Falter, Zur Übertragbarkeit des Konzeptes der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse. Einige empirische Ergebnisse, in: Manfred J. Holler (Hrsg.), *Wahlanalyse – Hypothesen, Methoden und Ergebnisse*, München: Tuduv 1984, S. 16 f.

#### 4. Sozialstruktur und Wahlergebnis

Wie eingangs vorgeführt, läßt sich nicht nur für die Gesamtwählerschaft, sondern auch für einzelne Aufteilungen derselben errechnen, wie sich erwartete und beobachtete Stimmabgabe zueinander verhalten. Treten zwischen den Kategorien eines beliebigen Merkmals Unterschiede im beobachteten Wahlverhalten und damit also auch Abweichungen des Wahlverhaltens vom global erwarteten Mittelwert auf, so können diese Differenzen, wie gezeigt, in eine Lang- und eine Kurzfristkomponente zerlegt werden. Die langfristige Komponente besteht darin, daß in den Kategorien der betreffenden Variablen unterschiedliches Wahlverhalten vor allem deshalb erwartet wird, weil sich aus historischen Gründen die Anhänger der verschiedenen Parteien auf diese Kategorien unterschiedlich verteilen, weil also beispielsweise gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich eher mit der SPD, praktizierende Katholiken hingegen eher mit den Unionsparteien identifizieren. Die Kurzfristkomponente besteht in dem Ausmaß der Abweichung des tatsächlich beobachteten Wahlverhaltens in den einzelnen Kategorien von dem aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikation erwarteten Wahlverhalten. Inhaltlich sind diese Abweichungen als der Effekt des jeweiligen Merkmals auf das Wahlverhalten zu interpretieren.

Wie schon bei der Bundestagswahl 1980, zeichnen sich auch 1983 die weitaus meisten Variablen der Merkmalsgruppe „Demographie und Sozialstruktur“ durch relativ niedrige Langzeitkoeffizienten aus. Dies zeigt zum einen, daß – mit Ausnahme des Faktors „Kirchgangshäufigkeit“ – von einer strengen Zuordnung von Parteibindung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik keine Rede sein kann. Zum anderen belegen diese Koeffizienten, daß für die beiden großen Parteien die sozialstrukturelle Determinierung der Parteibindung erheblich stärker ausgeprägt ist als für die FDP und die Grünen (vgl. Tabelle 5).

Am weitaus stärksten wird im Mittel die Polarisierung der politischen Bindungen an die beiden großen Parteien durch die Kirchgangshäufigkeit und, schon deutlich schwächer, durch die Konfessionszugehörigkeit der Wähler beeinflusst: So lag der ~~X~~ CDU/CSU-Anteil bei Personen, die jeden Sonntag in die Kirche gehen, im März 1983 allein aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikationen um 20 Prozentpunkte über, bei Wählern hingegen, die nie in die Kirche gehen, um 13,5 Prozentpunkte unter dem Erwartungswert für die Gesamtwählerschaft, fiel der erwartete SPD-~~X~~ Stimmenanteil bei Konfessionslosen um 12,4 Prozentpunkte höher, bei Katholiken hingegen um 9,3 Prozentpunkte niedriger aus als für die Wählerschaft insgesamt. Vergleichbar hohe positive Bruttolangzeitkoeffizienten existieren zugunsten der CDU/CSU bei den Selbständigen und voll- oder teilberuflich mithelfenden Familienangehörigen, bei den besser Verdienenden und bei solchen Wählern, die in einem überwiegend landwirtschaftlichen Kontext leben. Die SPD hat in diesen Gruppen jeweils hohe negative Brutto-Langzeitkoeffizienten aufzuweisen. Sie profitierte von der Parteieignung geschiedener Wähler, von Personen, die in Arbeitergebieten wohnten und von Mietern, allesamt Sozialkategorien, bei denen die CDU/CSU weit unterdurchschnittliche Erwartungswerte erzielte.



Tabelle 5: Sozialstruktur

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Alter	5	1166	3,7	2,2	1,6	0,4	1,4	1,8	1,9	5,7
	18-24	121	- 5,2	- 0,4	+ 4,4	1,1	- 7,0	- 4,6	- 6,2	17,9
	24-34	203	- 7,5	5,7	1,5	0,3	- 1,6	- 2,6	- 1,3	5,6
	35-44	227	1,5	- 2,0	0,4	0,1	1,6	- 2,9	3,3	- 1,8
	+5-59	309	1,5	0,4	- 1,6	- 0,4	1,6	3,5	- 0,2	- 4,7
	über 60	306	4,5	- 2,6	- 1,6	- 0,3	1,1	2,4	1,2	- 4,7
Geschlecht	2	1160	1,0	0,4	0,5	0,1	0,3	0,6	0,5	0,4
Ausbildung	9	1166	3,2	3,5	1,0	0,3	1,9	2,5	1,8	3,8
	Hauptschule	245	1,6	0,5	- 1,6	- 0,4	- 1,4	4,8	- 0,6	- 3,0
	Hauptschule mit Lehre	489	- 3,2	3,3	0,0	0,0	2,8	1,7	- 1,9	- 2,7
	Realschule ohne Ab- schluß	80	1,1	1,7	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,9	1,4	- 2,3
	Mittlere Reife	153	2,2	- 3,3	0,9	0,3	- 2,7	- 2,3	2,7	2,2
	Gymnasium ohne Ab- schluß	34	9,1	- 8,9	- 0,2	0,1	- 1,1	- 4,5	6,2	- 0,7
	Abitur	76	9,2	- 10,4	1,0	0,3	1,0	- 10,6	2,5	7,1
	Fach- u. Fachhochschule	30	2,7	- 8,1	4,3	1,2	- 7,7	- 1,9	6,6	2,9
	Universität ohne Ab- schluß	15	- 18,6	8,4	8,2	2,1	- 18,2	- 19,4	- 11,7	49,2
	Universitätsabschluß	44	0,0	- 4,7	3,7	1,0	- 5,7	- 8,9	2,5	12,2
Erwerbstätigkeit	11	1147	3,1	2,7	1,2	0,3	1,6	1,8	1,9	3,6
	voll berufstätig	407	- 1,3	0,6	0,6	0,2	- 0,3	- 0,9	2,0	- 0,8
	voll berufstätig und im Familienbetrieb mit- helfend	36	33,1	- 28,0	- 4,3	- 0,8	1,9	1,1	3,6	- 6,4
	teilweise berufstätig	53	- 11,4	8,2	2,7	0,6	0,2	0,9	- 2,1	1,1
	teilweise berufstätig und im Familienbetrieb mithelfend	10	20,8	- 13,4	- 5,9	- 1,4	- 9,8	- 8,4	12,8	5,3
	Kurzarbeiter	14	- 9,9	10,6	- 0,4	- 0,1	14,2	- 3,9	- 3,3	- 7,1

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
	Arbeitslos	39	- 4,9	3,5	1,2	0,3	- 1,5	- 1,1	- 4,9	7,4
	nicht berufstätig, jedoch früher berufstätig gewesen	205	0,8	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,1	4,2	- 1,2	- 3,1
	Rentner	232	- 0,2	2,2	- 0,6	- 0,4	2,1	0,9	0,4	- 3,3
	noch nie berufstätig gewesen	91	- 0,4	1,4	- 0,7	- 0,1	2,1	0,2	- 1,8	- 0,7
	Lehrling in der Schulausbildung, Universität eingeschlossen	19	11,8	- 14,1	1,8	0,5	- 7,9	- 2,1	0,1	10,0
		41	- 4,5	- 2,3	5,5	1,5	- 13,8	- 14,0	- 9,2	36,9
Berufsgruppe	4	994	6,0	5,5	0,8	0,2	0,6	1,3	1,7	0,6
	Selbständige	129	22,7	- 20,1	- 2,2	- 0,4	- 2,6	- 3,2	9,0	- 3,3
	Beamte	106	0,8	- 1,5	0,6	0,2	0,7	- 2,4	- 1,4	3,0
	Angestellte	451	- 2,6	1,7	0,7	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	0,6
	Arbeiter	308	- 5,9	6,4	- 0,3	- 0,2	1,0	2,6	- 3,3	- 0,3
Öffentlicher Dienst	2	452	2,6	2,2	0,4	0,1	0,2	1,2	1,5	2,5
	ja	150	- 5,9	4,9	0,8	0,2	0,5	- 2,8	- 3,4	5,7
Dienststellen-, Betriebs- größe	7	895	4,7	5,3	0,4	0,1	1,1	1,5	0,8	1,3
Nettoeinkommen	5	1066	2,8	2,6	0,5	0,1	0,9	1,1	2,7	2,0
	kein eigenes Einkommen	226	- 1,6	0,5	0,9	0,2	1,3	- 0,6	- 3,1	2,3
	bis 1500	376	- 1,8	1,6	0,2	0,1	- 0,3	1,9	- 2,3	0,6
	1501-2500	306	- 1,5	2,2	- 0,6	- 0,1	1,0	0,3	1,4	- 2,8
	2501-3500	115	7,3	- 6,4	- 0,9	- 0,1	- 1,9	- 5,1	4,9	2,2
	über 3500	43	14,6	- 15,1	0,3	0,2	- 5,9	- 2,4	13,6	- 5,4
Mieter oder Hauseigen- tümer	2	1153	6,6	5,7	0,8	0,1	1,3	0,1	1,5	2,6
	Mieter	603	- 13,2	11,4	1,5	0,2	- 4,7	2,7	- 3,1	5,2

Fortsetzung der Tabelle 5

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt				
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	
Familienstand	5	1166	1,7	1,8	1,1	0,3	1,9	2,0	1,6	5,2	
	verheiratet	784	0,8	0,2	- 0,8	- 0,2	0,5	1,0	1,2	- 2,8	
	ledig	161	1,1	- 4,8	2,9	0,7	- 6,3	- 6,2	- 3,8	16,5	
	ledig mit Partner	22	1,9	- 6,8	3,7	1,1	- 19,2	- 0,7	2,8	17,2	
	geschieden	56	- 17,2	15,5	1,4	0,2	- 1,1	7,2	- 2,9	- 3,1	
	verwitwet	143	1,1	- 0,9	- 0,3	- 0,1	7,0	- 1,1	- 1,0	- 4,7	
Ortsgröße	7	1166	4,7	4,1	0,9	0,2	1,9	1,1	0,9	2,5	
Berufskontext Wohnort	8	1142	6,4	5,7	0,7	0,2	1,8	1,6	1,7	1,7	
Konfession	3	1157	9,8	8,2	0,7	0,1	0,8	0,5	1,1	0,9	
	keine	100	- 15,8	12,4	2,9	0,6	- 4,0	- 2,6	1,4	5,1	
	katholisch	508	10,2	- 9,3	- 0,7	- 0,1	2,5	- 0,1	- 1,4	- 1,1	
	evangelisch	549	- 6,6	6,4	0,2	0,0	- 1,5	0,5	0,9	0,0	
		6	1053	8,7	7,7	0,9	0,1	1,8	0,8	1,0	1,6
	Häufigkeit des Kirchgangs	jeden Sonntag	150	20,0	- 17,3	- 2,3	- 0,3	3,3	1,6	0,7	- 5,7
fast jeden Sonntag		112	14,4	- 13,0	- 1,2	- 0,1	4,1	1,2	- 0,8	- 4,6	
ab und zu		415	- 2,4	2,3	0,1	0,1	1,1	- 1,5	0,3	- 0,1	
einmal im Jahr		113	- 9,6	8,3	1,1	0,2	- 3,8	0,6	- 0,2	3,4	
selten		140	- 5,8	4,4	1,2	0,2	- 3,0	- 0,5	2,2	1,3	
nie		123	- 13,5	12,2	1,0	0,2	- 5,4	2,0	- 3,1	6,6	
Gewerkschaftsmit- gliedschaft	2	1141	1,9	1,9	0,0	0,0	1,7	0,8	0,6	0,2	
	ja	241	- 5,8	5,7	0,1	0,0	- 6,1	3,8	1,8	0,6	

Die EDP konnte die für sie höchsten (im Vergleich zu den großen Parteien allerdings relativ niedrig ausfallenden) langfristigen positiven Bruttoeffektkoeffizienten in der Gruppe der 18–24-jährigen, den Befragten mit Universitätsausbildung ohne Abschluß und den noch in Ausbildung befindlichen Wählern verzeichnen. Besonders schlecht schnitt sie hinsichtlich der Bruttolangezeiteffekte bei den mithelfenden Familienangehörigen, den im agrarischen Kontext lebenden Wählern und den kirchengebundenen Christen ab. Die Grünen schließlich weisen, entsprechend ihrer weiter oben erläuterten geringen langfristig angelegten Parteibindung (vgl. 2.2.), so gut wie keine nennenswerten positiven oder negativen Bruttolangfristeffekte auf.

Ganz anders sieht es bei den kurzfristigen, d. h. den von den Wirkungen der Parteiidentifikation freien, Bruttoeffekten aus, die im Falle der Grünen mit die stärksten Ausschläge aufweisen. So lag das tatsächliche Wahlverhalten zugunsten der Grünen bei den 18–24-jährigen um 17,9 Prozentpunkte stärker über dem Erwartungswert als in der Gesamtstichprobe, bei der – allerdings nur 15 Personen umfassenden – Gruppe mit Universitätsausbildung ohne Abschluß betrug dieser Vorsprung sogar 49,2, bei den 41 noch in der Ausbildung befindlichen Befragten immerhin noch 36,9 Prozentpunkte und bei den Ledigen mit bzw. ohne Partner 17,2 und 16,5 Prozentpunkte. Hier spiegelt sich deutlich die soziale Zusammensetzung der Grünen wider, bei denen, im Gegensatz zu den großen Parteien, der Einfluß der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten fast ausschließlich unmittelbar läuft, d. h. ohne Umweg über die Parteiidentifikation. Dieser Befund reflektiert nichts anderes als die triviale Erkenntnis, daß das Abschneiden der Grünen angesichts ihrer Neuartigkeit und der Altersstruktur ihrer Anhängerschaft 1983 noch nicht voll durch längerfristige Parteibindungen erklärt werden kann.

Sieht man sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Grünen genauer an, so zeigt sich, daß im Dezember 1982 von den Befragten ohne Abitur nur rund jeder Zwanzigste, von den Befragten mit Abitur dagegen fast jeder Fünfte die Grünen wählen wollte. Derselben Umfrage zufolge wollten von den Berufstätigen rund 7 Prozent für die Grünen stimmen, von den Arbeitslosen rund 15 Prozent, von den Rentnern und Hausfrauen rund 4 Prozent, von den in Schul- oder Hochschulausbildung befindlichen Personen jedoch 46 Prozent (!). Vergleicht man innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes mit denen außerhalb des öffentlichen Dienstes, so fällt auf, daß von den im öffentlichen Dienst Beschäftigten rund 11 Prozent für die Grünen stimmen wollten, von den außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten dagegen nur 5 Prozent. Ein ungewöhnlich starker Kurzfristeffekt zugunsten der Grünen läßt sich auch beim Merkmal „Familienstand“ beobachten. Während sie in der Gruppe der Verheirateten, Geschiedenen, getrennt Lebenden oder Verwitweten nur rund 4 Prozent der Stimmen erhielten, waren es bei den Ledigen ziemlich genau 25 Prozent. Diesem unverheirateten Siebentel der Wählerschaft verdanken mithin die Grünen ihren Einzug in den Bundestag.

Anders hingegen muß die Interpretation der Kurzfristkoeffizienten für die etablierten Parteien aussehen. Hohe durchschnittliche Kurzzeiteffekte sind hier dahingehend zu interpretieren, daß die entsprechenden demographischen oder sozial-

strukturellen Gruppen durch den Wahlkampf oder andere kritische Ereignisse, wie etwa die Begleitumstände des Regierungswechsels von Schmidt zu Kohl, besonders politisiert worden sind. Nennenswerte saldierte Kurzfristeffekte, wie sie durch den Boydschen S-Koeffizienten gemessen werden, treten im Falle der drei etablierten Parteien – wie schon 1980 – nicht auf<sup>19</sup>. Dagegen stehen einige Bruttokurzzeiteffekt ins Auge, die darauf hindeuten, daß 1983 eine selektive „Politisierung“ der Sozialstruktur durchaus stattgefunden hat, eine Politisierung, die jedoch durch die Boydschen Effektkoeffizienten als Folge der gewichteten Mittelung vor allem bei Variablen mit vielen Ausprägungen nur unvollständig erfaßt wird.

Insbesondere ist das gegenüber der Gesamtstichprobe um 18,2 bzw. 19,4 Prozentpunkte unter dem Erwartungswert liegende Abschneiden von CDU/CSU und SPD bei den Befragten mit Universitätsstudium ohne Abschluß hervorzuheben, aber auch das um 13,6 Prozentpunkte stärkere Abschneiden der FDP bei Befragten mit einem monatlichen Nettoeinkommen über DM 3.500,- oder das gegenüber der Gesamtheit um 19,2 Prozentpunkte unter den Erwartungswert fallende Ergebnis der Union bei Ledigen mit Partnern. Hier scheint in der Tat ein direkter, d. h. nicht über die Parteiidentifikation vermittelter, Einfluß der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten stattgefunden zu haben. Da es sich jeweils um relativ schwach besetzte Kategorien handelt, wurde das Wahlergebnis davon allerdings nur geringfügig beeinflusst.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß – mit Ausnahme der erwähnten Sozialkategorien – der Einfluß der Sozialstruktur auf das Wahlergebnis im Falle der beiden großen Parteien hauptsächlich auf dem Umweg über die sozialstrukturelle Formung der Parteibindung wirksam war, während er im Falle der FDP sehr gering ausgeprägt war und sich bei den Grünen direkt auswirkte, d. h. ohne Zwischenschaltung der Parteibindung, die sich auch noch gar nicht in erheblichem Maße entwickelt haben konnte.

## 5. Der Einfluß politischer Einstellungen auf das Wahlergebnis

### 5.1. Einstellungen zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland

Im Gegensatz zu sozialstrukturellen Hintergrundfaktoren handelt es sich bei politischen Einstellungen um prinzipiell kurzfristig veränderbare Größen. Zwischen den verschiedenen Kategorien solcher Kurzfristmerkmale werden Unterschiede im Wahlverhalten in der Normalwahlanalyse primär deshalb *erwartet*, weil sich die Vertreter verschiedener Einstellungen in ihren Parteiidentifikationen nun einmal unterscheiden. Nach dieser Konzeption handelt es sich bei politischen Einstellungen folglich um intervenierende Variablen zwischen der Parteiidentifikation und

19 Vgl. Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Parties, Candidates and Issues in the German Federal Election of 1980: An Application of Normal Vote Analysis, in: *Electoral Studies*, 1. Jg. 1982, H. 1, S. 65–94.

der Wahlabsicht. Treten Abweichungen zwischen dem erwarteten und dem tatsächlich beobachteten Wahlverhalten (der Wahlabsicht also) auf, dann werden sie als Effekt des jeweiligen Merkmals interpretiert.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland scheint 1983 sowohl die Unionsparteien als auch, obwohl in deutlich geringerem Maße, die SPD und die FDP Stimmen gekostet zu haben, während vor allem die Grünen von solchem Unbehagen, das immerhin von knapp 20 Prozent der Bevölkerung zumindest in seiner milderen Form geteilt wurde, deutlich profitieren konnten (vgl. Abbildung 1). Bei Befragten, die mit der Demokratie in der Bundesrepublik „sehr unzufrieden“ waren, schnitten gegenüber der Gesamtstichprobe die Unionsparteien um 20,2 Prozentpunkte schlechter, die Grünen dagegen um 26,3 Prozentpunkte besser als ihr Erwartungswert ab. Von den Zufriedenen wollten rund 7 Prozent mehr Wähler für die drei etablierten Parteien stimmen, als aufgrund der Verteilungen der Parteibindungen im Elektorat zu erwarten gewesen wäre, während die Grünen hier gegenüber ihrem Erwartungswert ein Stimmenminus von etwa 4 Prozentpunkten verzeichnen mußten (vgl. Tabelle 6).

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik

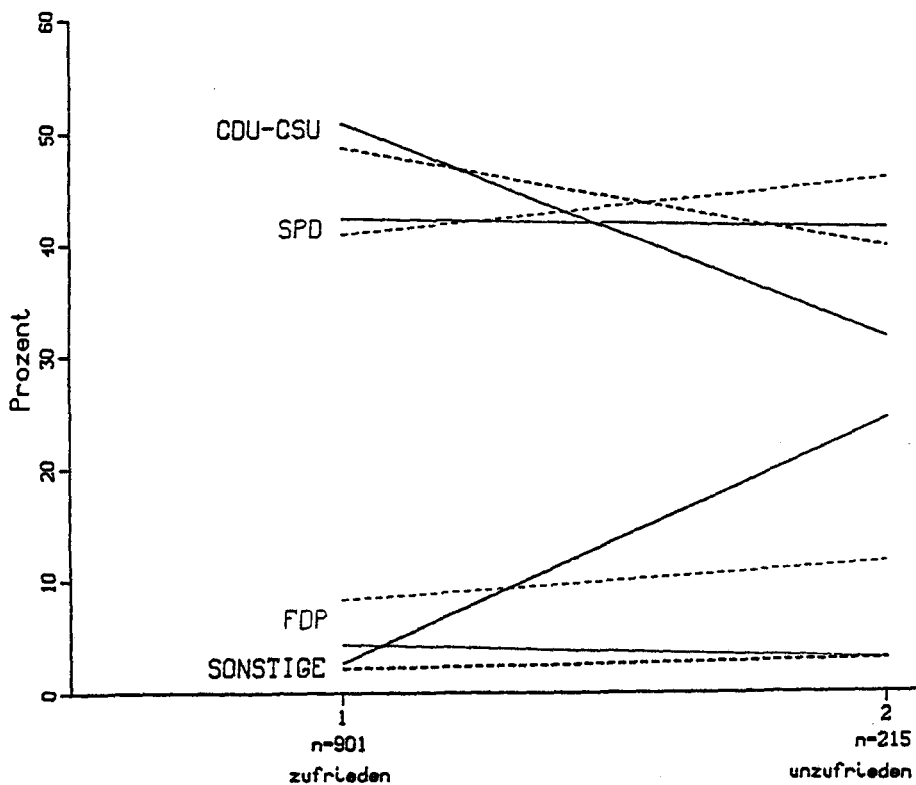


Tabelle 6: Einstellungen zum politischen System und Wahlverhalten

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik	4	1112	3,0	1,8	1,0	0,2	3,1	1,7	1,7	6,2
	sehr zufrieden	132	4,2	- 1,1	- 2,4	- 0,7	3,7	0,6	0,8	- 5,0
	eher zufrieden	765	1,4	- 1,0	- 0,3	- 0,1	1,6	1,2	0,9	- 3,7
	eher unzufrieden	190	- 8,6	5,3	2,8	0,6	- 6,8	- 3,8	- 5,1	15,5
sehr unzufrieden	25	3,6	- 6,1	2,1	0,5	- 20,2	- 10,9	4,7	26,3	
Politisches System der Bundesrepublik gerecht und fair	4	1077	9,7	8,5	1,1	0,2	2,6	1,9	1,7	4,4
	volle Zustimmung	316	16,6	- 14,4	- 1,8	- 0,4	5,3	- 2,0	2,9	- 6,3
	weitgehende Zustimmung	620	- 3,5	3,1	0,4	0,0	- 0,6	1,9	- 0,3	- 1,0
	weitgehende Ablehnung	112	- 20,7	18,6	1,9	0,3	- 8,1	- 0,6	- 4,8	13,4
volle Ablehnung	29	- 24,1	18,0	4,3	0,9	- 18,1	- 16,2	- 5,0	39,2	
Politisches System der Bundesrepublik schützt die Freiheit und die Rechte der Bürger	4	1082	9,7	8,5	1,0	0,2	2,7	1,8	1,1	5,1
	volle Zustimmung	344	15,3	- 13,4	- 1,7	- 0,2	3,3	0,7	1,7	- 5,7
	weitgehende Zustimmung	630	- 4,7	4,5	0,2	0,0	0,6	1,2	- 0,1	- 1,7
	weitgehende Ablehnung	82	- 18,9	13,2	4,6	1,1	- 13,6	- 8,4	- 4,6	26,7
volle Ablehnung	26	- 29,1	25,8	2,7	0,6	- 14,1	- 10,9	- 6,7	31,7	
Bundesregierung gerecht und fair	4	1068	20,3	18,8	1,4	0,2	7,5	3,2	3,2	6,2
	volle Zustimmung	268	31,5	- 28,3	- 2,7	- 0,4	8,1	- 4,8	3,3	- 6,5
	weitgehende Zustimmung	429	5,6	- 5,7	0,1	0,1	4,5	- 1,1	1,7	- 5,0
	weitgehende Ablehnung	268	- 29,5	28,0	1,4	0,2	- 9,1	5,8	- 4,0	7,4
volle Ablehnung	103	- 28,4	24,5	3,3	0,7	- 16,0	2,7	- 6,1	19,5	
Bundesregierung schützt die Freiheit und die Rechte der Bürger	4	1071	15,0	13,5	1,3	0,2	4,5	2,5	2,2	6,3
	volle Zustimmung	309	26,1	- 23,4	- 2,3	- 0,3	6,2	- 3,5	3,2	- 6,0
	weitgehende Zustimmung	557	- 4,5	4,2	0,2	0,0	1,0	2,3	0,4	- 3,6
	weitgehende Ablehnung	144	- 29,2	26,9	2,0	0,3	- 8,4	1,9	- 5,2	11,8
volle Ablehnung	61	- 22,3	16,3	4,8	1,2	- 21,0	- 6,7	- 6,9	34,7	

Die ebenfalls in dieser Variablengruppe gemessenen Einstellungen zur Bundesregierung und zum politischen System der Bundesrepublik, die mittels Fragen nach dem von ihnen gewährleisteten Schutz der Rechte der Bürger und der von ihnen ausgeübten Fairness und Gerechtigkeit erhoben wurde, scheinen der Richtung der Zusammenhänge nach Mehrfachmessungen ein und derselben Sache zu sein: Die erheblich höheren Lang- und Kurzzeitkoeffizienten der beiden auf die Regierung bezogenen Fragen deuten allerdings darauf hin, daß die Systemeinschätzung wohl eher sekundärer Natur ist und stark von der Haltung gegenüber der jeweiligen Bundesregierung beeinflusst wird. Die insbesondere für die beiden großen Parteien hohen Langzeitkoeffizienten belegen die starke Beeinflussung dieser Einstellung durch die Parteibindung. Ferner zeigen die in Tabelle 6 ausgewiesenen Kurzzeitbruttoeffekte, daß unabhängig von der Parteibindung eine positive Haltung gegenüber der Bundesregierung den beiden Unionsparteien Stimmen eingetragen und eine negative Einstellung sie in erheblichem Maße Stimmen gekostet hat. Für die Grünen wurde in dieser Variablengruppe ein extrem hoher Kurzzeiteffekt gemessen: Befragte, die das politische System oder die Bundesregierung für gerecht und fair hielten, stimmten deutlich unter ihrem Erwartungswert für die Grünen; im Falle der Ablehnung dagegen lag deren Stimmenanteil bis zu 39 Prozentpunkte stärker über dem Erwartungswert als in der Gesamtstichprobe; zwischen 20 Prozent und 50 Prozent der jeweiligen Unzufriedenen-Kategorie scheinen folglich 1983 für die Grünen gestimmt zu haben. Angesichts der äußerst niedrigen Langzeitkoeffizienten für die Grünen handelt es sich unzweifelhaft um einen genuine Effekt dieser Einstellungen, der eine generelle Haltung widerspiegeln dürfte, die auch in einigen der nachstehend referierten konkreten Attitüden aufscheinen sollte.

## 5.2. Regierungswechsel und Koalitionsbildung

Besonders umstritten war im Wahlkampf die Art und Weise der Regierungsbildung im Herbst 1982; der von vielen Wählern als „Verrat und Untreue“ empfundene Koalitionswechsel der FDP wurde in den auf die Regierungsumbildung folgenden Landtagswahlen entsprechend „bestraft“. Bei der Bundestagswahl im März 1983 dagegen gelang es der FDP über Erwarten gut, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. In welchem Maße beeinflusste die Beurteilung von Regierungswechsel und Koalitionsbildung das Wahlergebnis? Mußte die christlich-liberale Koalition im Saldo Einbußen wegen der Vorgänge im Herbst 1983 hinnehmen? Und falls ja: Wer profitierte davon am stärksten, die SPD oder die Grünen?

Die Beurteilung des Regierungswechsels wurde im Falle der beiden großen Parteien (erstaunlicherweise nicht der FDP!) zu einem erheblichen Teil durch die Parteibindung geprägt. Dagegen scheint dieses Thema für die Grünen nicht von besonderer Bedeutung gewesen zu sein, wiederum ein Indiz für die Entfremdung dieser Wählergruppe vom System. Die wenigen mit der Art des Regierungswechsels einverstanden SPD-Anhänger scheinen überproportional für andere Parteien als die Sozialdemokraten gestimmt zu haben; umgekehrt verließen die nicht damit ein-



verstandenen CDU/CSU-Anhänger überdurchschnittlich häufig die Unionsparteien. Die FDP schließlich lag, nicht ganz unerwartet, bei denjenigen, die die Art und Weise des Regierungswechsels guthießen, um 7,5 Prozentpunkte stärker über ihrem Erwartungswert als in der Gesamtstichprobe.

Größenordnungsmäßig gleichen sich für die drei etablierten Parteien die Effektkoeffizienten für die soeben besprochene Variable und die Frage, ob es sich beim Koalitionswechsel der Liberalen um Verrat und Untreue handelte. Bei den Grünen jedoch ist ein unterschiedlicher Kurzzeitkoeffizient festzustellen: Während die Art des Regierungswechsels für ihre Stimmabgabe im Saldo ohne große Bedeutung gewesen zu sein scheint, war für sie die moralische Bewertung der Handlungsweise der FDP durchaus relevant.

Eng mit der moralischen Beurteilung der FDP hängen der Wunsch und die Erwartung zusammen, ob die FDP wieder in den Bundestag einziehen solle bzw. einziehen vermöge: Die Einstellungsvariable wird im Falle der großen Parteien stark durch die jeweilige Parteidentifikation bestimmt. Während aber der Kurzzeiteffekt bei den CDU/CSU-Anhängern zugunsten der FDP wirkt, ist er bei den Anhängern der SPD erwartungsgemäß entgegengesetzt. Dieselben zwei Fragen, für die Grünen gestellt, haben keinerlei Kurzfristeinfluß bei SPD-Anhängern. Dagegen weisen sie für die Unionsparteien einen deutlichen Anti-Grünen-Effekt aus: Die Grünen nicht im Bundestag sehen zu wollen, steigert den Stimmenanteil von CDU und CSU beträchtlich. Nicht zu erwarten, daß den Grünen der Einzug in den Bundestag gelingt, erhöht den Stimmenanteil der FDP. Dies ist wohl als Indiz dafür zu deuten, daß eine Reihe von Wählern gerne eine dritte Kraft im Bundestag vertreten wissen wollte.

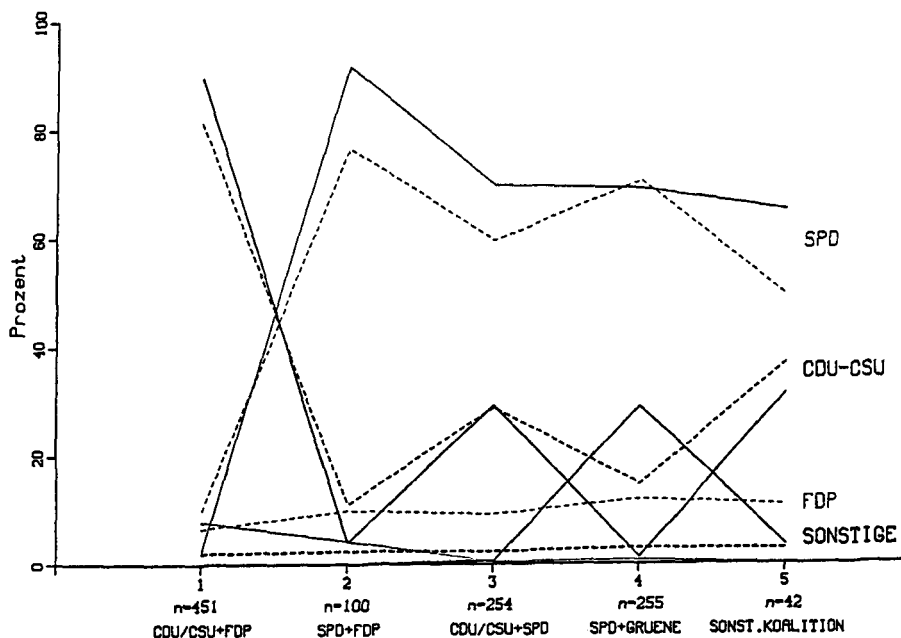
Mögen auch die relativ geringen Kurzfristeffekte für die Grünen in dieser Variablen­gruppe erstaunen, so zeigt doch ein Blick auf die kurzfristigen Bruttoeffekte, daß die Grünen vom Wunsch wie auch von der Erwartung, sie im Bundestag vertreten zu sehen, erheblich profitieren: Ihr Stimmenanteil liegt bei den Angehörigen dieser Kategorie um 22,2 bzw. 12,8 Prozentpunkte stärker über dem Erwartungswert als in der Gesamtstichprobe. Im Saldo heben sich diese positiven (und im Falle der Ablehnung beider Fragen natürlich entsprechend negativen) Bruttoeffekte dann wieder zu den in Tabelle 7 referierten relativ niedrigen Kurzfristeffekten von 2,9 bzw. 1,4 auf.

Auch im Zusammenhang mit der Koalitionspräferenz ergeben sich recht interessante Effekte: Falls neben den beiden großen Parteien nur die Grünen in den Bundestag gelangt wären, hätte die Union eindeutig vom Wunsch nach Bildung einer großen Koalition profitiert, bei vier im Bundestag vertretenen Parteien hingegen die SPD. Wie läßt sich dieser scheinbare Gegensatz interpretieren? Im ersteren Falle, also mit den Grünen im Bundestag und der FDP vor der Tür, scheint der Wunsch nach einer Großen Koalition vor allem der Abneigung gegen die Grünen zu entspringen, einem besonders bei Unionswählern weitverbreiteten Gefühl. Im (später ja auch eingetretenen) Falle von vier Bundestagsparteien (Abbildung 2) hingegen resultiert der Wunsch nach einer großen Koalition vermutlich eher aus der Ablehnung einer Alleinregierung der Union bzw. einer CDU/CSU-FDP-Koalition durch

Tabelle 7: Regierungswechsel, Koalitionsbildung und Wahlverhalten

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Mit Art und Weise des Regierungswechsels einverstanden?	2	1110	20,1	19,2	1,3	0,2	4,8	4,6	3,5	0,0
	ja	398	+5,0	-41,8	-2,8	-0,4	10,7	-10,7	7,5	-7,6
FDP: Verrat und Untreue?	2	1108	17,4	16,9	0,6	0,0	4,4	4,3	3,5	3,5
	ja	688	-37,1	35,9	1,2	0,0	-9,7	9,8	-7,6	7,5
Soll FDP wieder in den Bundestag?	2	1106	17,6	16,5	1,0	0,1	3,9	3,0	4,1	0,2
	ja	579	35,3	-33,2	-1,9	-0,3	8,8	-6,5	8,2	-10,5
Kommt FDP wieder in den Bundestag?	2	1105	15,5	15,3	0,3	0,1	3,1	3,9	4,1	3,4
	ja	492	31,4	-31,0	-0,5	0,1	6,5	-8,0	8,2	6,8
Sollen die GRÜNEN in den Bundestag?	2	1118	10,6	8,6	1,6	0,3	6,4	0,8	2,1	2,9
	ja	346	-24,7	20,2	3,5	0,8	-15,4	-2,1	-4,8	22,2
Kommen die GRÜNEN in den Bundestag?	2	1115	8,5	7,3	1,0	0,2	4,5	0,8	2,6	1,4
	ja	541	-17,0	14,7	1,9	0,3	-9,3	1,9	-5,3	12,8
Gewinner der Bundestagswahl?	2	1058	23,3	22,8	0,5	0,0	5,7	6,2	2,9	2,7
	CDU/CSU und FDP	676	50,6	-49,4	-1,2	0,1	13,0	-13,6	6,3	-5,8
Absolute Mehrheit von CDU/CSU oder SPD gut?	3	1111	25,6	24,9	2,7	0,7	7,2	7,0	1,8	1,1
	gut SPD	374	-36,0	37,0	-0,5	-0,4	-7,4	13,0	-2,7	-3,1
	gut CDU/CSU	364	39,1	-34,8	-3,6	-0,6	12,1	-8,0	2,2	-6,4
	nicht gut	373	-2,1	-3,0	4,1	1,1	-4,4	-5,3	0,5	9,1
Bevorzugte Koalition bei	3	1079	16,7	15,0	1,4	0,3	7,5	0,7	2,1	3,7
	Große Koalition	718	10,6	-9,4	-1,0	-0,2	5,2	0,1	1,5	-6,7
3 Parteien im Bundestag	SPD und GRÜNE	311	-29,0	25,0	2,5	0,5	-13,6	1,3	-3,5	15,9
	CDU/CSU (und FDP)	50	26,9	-26,9	-0,1	0,2	11,1	-7,8	0,2	-3,7
Bevorzugte Koalition bei	5	1102	29,1	27,0	1,9	0,3	7,0	6,8	1,5	4,1
	CDU/CSU und FDP	451	35,5	-32,9	-2,3	-0,3	8,8	-8,4	-6,3	-6,7
4 Parteien im Bundestag	SPD und FDP	100	-34,6	33,6	1,0	0,1	-6,6	14,2	-0,6	-7,1
	CDU/CSU und SPD	254	-16,8	16,6	0,3	0,0	0,8	9,2	-3,7	-6,4
	SPD und GRÜNE	255	-31,1	27,6	3,0	0,6	-13,0	-2,4	-6,1	21,4
	Sonstige	42	-8,7	6,5	1,9	0,4	-5,2	14,7	-5,7	-4,0

Abbildung 2: Kommen vier Parteien in den Bundestag, wer soll koalieren?



viele Wähler. Bei der Vorgabe von vier Parteien kommen die Grünen lediglich bei den Befragten, die eine Koalition aus SPD und Grünen präferieren, und die Liberalen nur bei den Befürwortern einer bürgerlichen Koalition über die Fünf-Prozent-Marke. Bei den beiden großen Parteien sind die Koalitionswünsche weitestgehend durch die jeweiligen Parteibindungen bestimmt, wie nicht anders zu erwarten. Der starke Kurzzeiteinfluß der Koalitionpräferenz bei CDU/CSU-Wählern schließlich spiegelt wohl deren starke Abneigung gegen eine mögliche Koalition von SPD und Grünen wider. Alles zusammengenommen, übte die Koalitionpräferenz 1983 einen beträchtlichen Kurzzeiteinfluß aus, von dem im Saldo vor allem die Unionsparteien profitieren konnten. Dabei mag überraschen, daß das Abschneiden der christlich-liberalen Koalition von dem Unbehagen über die Art und Weise des Regierungswechsels erheblich weniger betroffen wurde als allgemein angenommen.

### 5.3. Einstellungen zur wirtschaftlichen Situation

Nach verbreiteter Ansicht spielte die Wirtschaftslage für das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1983 eine große Rolle. Diese Einflüsse können danach differenziert werden, ob sie unmittelbar von Einschätzungen der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Umstände und Zukunftsaussichten oder von ökonomischen Kompetenzzurteilen über die politischen Parteien ausgehen. Während wir den Effekt der

letzteren unter 5.5. behandeln werden, geht es in diesem Abschnitt allein um die erste Gruppe möglicher Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung. Dabei untersuchen wir im einzelnen die Wirkungsweisen von:

- Wahrnehmungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage;
- Zufriedenheit mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage;
- Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung;
- Zufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage;
- Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage;
- Betroffenheit von Arbeitsmarktproblemen;
- arbeitsmarktbezogene Befürchtungen.

Aus Tabelle 8 ergibt sich, daß Wahrnehmungen der allgemeinen Wirtschaftslage nur in recht bescheidenem Umfang von Parteibindungen gefärbt worden sind. Zwischen Dezember 1982 und Februar 1983 läßt sich dabei eine interessante Veränderung feststellen: Im ersten Zeitpunkt tendierten Unionsanhänger eher dazu, die Verhältnisse als „schlecht“ bis „sehr schlecht“ zu beschreiben, während Anhänger der Sozialdemokraten eher einer entgegengesetzten Auffassung zuneigten; im zweiten Zeitpunkt verhielt es sich genau umgekehrt. Dies spiegelt wohl die Auswirkungen der Rhetorik von der durch den Regierungswechsel eingeleiteten wirtschaftlichen „Wende“ wider – wenn auch in wenig eindrucksvoller Ausprägung, wie die Boyd-schen Effektkoeffizienten von maximal 1,7 belegen. Eine ähnliche Verlagerung zeigt sich bei den Auswirkungen dieser Wahrnehmungen auf die Wahlabsichten. Im Dezember 1982 trat der deutlichste kurzfristige Bruttoeffekt bei Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage als „sehr schlecht“ mit 5,4 Prozentpunkten zugunsten der Grünen auf Kosten der *früheren* Regierungsparteien auf (SPD: – 2,3, FDP: – 2,9). Im Februar 1983 dagegen war der stärkste kurzfristige Bruttoeffekt bei Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage als „sehr gut“ oder „gut“ ein Verlust der Grünen von 5,4 Prozentpunkten zugunsten der beiden *neuen* Regierungsparteien (CDU/CSU: + 3,7, FDP: + 2,6).

Die langfristigen und kurzfristigen Effekte der Zufriedenheit mit Aspekten der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zeigen sich am deutlichsten bei der Bewertung der allgemeinen Einkommensentwicklung. Anhänger der Unionsparteien und der FDP neigten im Dezember 1982 eher zur Unzufriedenheit, SPD-Anhänger eher zur Zufriedenheit. Bei Kontrolle der Parteiidentifikation erweist sich erneut die Rolle der Grünen als Sammelbecken von Protest und Unzufriedenheit: Bei den mit der allgemeinen Einkommensentwicklung der letzten Jahre „sehr zufriedenen“ Befragten schnitten sie um 7,7 Prozentpunkte stärker über dem Erwartungswert ab als in der Gesamtstichprobe, was auf Kosten aller drei etablierten Parteien ging.

Es überrascht kaum, daß von allen in diesem Abschnitt analysierten ökonomischen Einstellungen Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung am stärksten von Parteibindungen beeinflußt werden<sup>20</sup>. Ganz besonders gilt das für Anhänger der

20 Vgl. hierzu ausführlicher Hans Rattinger, Einstellungen zur persönlichen und zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 25. Jg. 1984, H. 4, S. 378–402.

Tabelle 8: Der Einfluß von wirtschaftlichen Einstellungen und Lebensverhältnissen auf das Wahlverhalten

Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage										
Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekte				S*/Kurzfristeffekte			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Allgemeine Wirtschaftslage in der Bundesrepublik <sup>a</sup>	4	1157	1,7	1,5	0,5	0,1	0,9	1,1	0,9	2,4
	sehr gut, gut	101	- 5,1	3,7	1,0	0,3	- 2,2	- 2,3	0,8	3,8
	teils-teils	446	- 0,6	1,0	- 0,4	- 0,1	2,1	0,7	0,5	- 3,1
	schlecht	424	2,3	- 2,0	- 0,3	0,0	- 1,1	0,7	0,5	0,1
	sehr schlecht	186	- 1,1	- 0,2	1,0	0,3	0,0	- 2,3	- 2,9	5,4
Allgemeine Wirtschaftslage in der Bundesrepublik <sup>b</sup>	3	1122	1,7	0,8	1,0	0,3	1,1	0,4	1,1	1,4
	sehr gut, gut	145	4,7	- 2,9	- 1,3	- 0,4	3,7	- 1,0	2,6	- 5,4
	teils-teils	556	0,6	0,3	- 0,6	- 0,2	0,3	- 0,2	0,5	- 0,5
	schlecht, sehr schlecht	421	- 2,3	0,6	1,4	0,3	- 1,7	0,7	- 1,5	2,6
Gegenwärtige wirtschaftliche Lage, verglichen mit den letzten Jahren <sup>a</sup>	4	1154	3,2	2,8	0,5	0,1	0,2	1,4	0,3	1,7
Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren in der Bundesrepublik <sup>a</sup>	3	1088	0,4	0,4	0,0	0,0	0,6	0,1	0,5	0,2
Entwicklung der Bruttoeinkommen <sup>a</sup>	5	1109	2,7	2,5	0,3	0,1	1,8	2,2	1,1	0,7
Entwicklung der Kaufkraft <sup>a</sup>	5	1143	1,9	2,0	0,2	0,1	0,8	0,4	1,1	0,9
Zufriedenheit mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage										
Zufriedenheit mit dem wirtschaftlichen Wachstum in den letzten Jahren <sup>a</sup>	4	1147	2,1	2,6	0,7	0,2	0,5	0,7	0,8	1,2

Fortsetzung der Tabelle 8:

Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage										
Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekte				S*/Kurzfristeffekte			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Zufriedenheit der Arbeitsplatzsicherung in den letzten Jahren <sup>a</sup>	+	1154	1,2	0,8	0,5	0,1	0,9	1,0	0,6	1,7
Zufriedenheit mit der Entwicklung der Einkommen in den letzten Jahren <sup>a</sup>	+	1146	2,2	2,7	0,9	0,2	0,7	1,0	0,5	1,8
	sehr zufrieden, zufrieden	343	- 2,4	+ 4,5	- 1,6	- 0,4	1,2	0,7	0,9	- 3,1
	teils-teils	458	2,6	- 2,8	0,2	0,0	- 0,1	- 1,0	0,0	1,1
	unzufrieden	272	- 1,5	0,1	1,1	0,2	- 0,9	1,3	- 0,3	0,0
	sehr unzufrieden	73	1,3	- 3,9	2,1	0,5	- 3,8	- 1,2	- 2,8	7,7
Zufriedenheit mit der Entwicklung der Preise in den letzten Jahren <sup>a</sup>	+	1160	1,9	2,5	0,6	0,2	0,7	0,5	0,8	1,3
Erwartung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung	5	1127	6,1	+ 4,9	1,0	0,2	2,1	0,6	1,6	2,9
	wesentlich besser	26	17,9	- 13,4	- 3,8	- 0,6	2,8	- 9,0	0,1	6,0
	etwas besser	387	7,6	- 6,2	- 1,2	- 0,2	3,3	- 0,6	1,5	- 4,2
	gleichbleibend	255	- 6,1	5,6	0,4	0,1	- 2,9	1,3	1,2	0,4
	etwas schlechter	354	- 3,2	2,7	0,4	0,1	- 0,8	0,3	- 1,0	1,4
	wesentlich schlechter	105	- 6,9	3,6	2,7	0,7	- 3,5	0,1	- 5,3	8,6
Erwartete allgemeine Wirtschaftslage in der Bundesrepublik <sup>b</sup>	3	1122	7,3	6,6	0,6	0,1	2,8	1,6	1,5	2,9
	besser	353	11,6	- 10,5	- 0,9	- 0,1	4,8	- 2,7	2,5	- 4,6
	gleich	596	- 5,3	4,7	0,6	0,0	- 1,2	1,1	- 0,9	1,1
	schlechter	173	- 5,4	5,3	0,2	- 0,1	- 5,8	1,9	- 2,0	5,9
Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Jahren <sup>a</sup>	4	1127	5,5	+ 4,6	0,8	0,2	0,6	0,9	0,5	2,0
Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren <sup>a</sup>	5	1136	3,0	2,8	1,0	0,3	1,0	0,8	1,5	2,4
Entwicklung der Einkommen in den nächsten Jahren <sup>a</sup>	4	1128	2,4	1,5	0,5	0,1	1,1	1,1	0,8	1,4

## Fortsetzung der Tabelle 8:

Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage											
Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekte				S*/Kurzfristeffekte				
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	
Entwicklung des Lebensstandards in den nächsten Jahren <sup>a</sup>	4	1126	2,2	1,7	0,4	0,1	1,0	1,0	1,1	2,4	
Befürchtung von mehr Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der Gegend <sup>a</sup>	2	954	3,0	2,4	0,5	0,1	0,7	0,8	0,9	0,9	
Befürchtung von Entlassungen oder Kurzarbeit im eigenen Betrieb oder dem des Ehepartners oder Haushaltsvorstandes <sup>a</sup>	4	693	4,7	4,7	0,7	0,2	0,6	0,8	1,3	2,1	
Zufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage	5	1139	0,9	0,6	0,5	0,1	1,2	0,9	2,1	2,2	
	sehr gut	34	- 2,8	0,8	1,6	0,4	- 10,4	- 9,1	10,6	8,9	
	gut	493	0,2	0,2	- 0,4	- 0,1	1,3	- 0,6	1,9	- 2,5	
	teil-teils	423	0,0	- 0,2	0,1	0,0	0,7	0,7	- 2,2	0,9	
	schlecht	144	2,9	- 2,2	- 0,5	- 0,1	- 2,3	2,3	- 1,6	1,6	
sehr schlecht	45	- 9,5	4,6	3,9	0,9	- 4,7	0,2	- 2,7	7,3		
Persönliche Wirtschaftslage <sup>b</sup>	3	1114	5,8	4,4	1,1	0,2	1,3	0,2	2,1	2,8	
	sehr gut	542	6,0	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,8	- 0,1	2,2	- 2,8	
	teils-teils	461	- 3,7	3,2	0,4	0,0	0,7	- 0,2	- 1,8	1,4	
	schlecht, sehr schlecht	111	- 13,6	8,7	4,0	1,0	- 6,4	1,0	- 2,8	8,3	
Zufriedenheit mit der Entwicklung im Beruf <sup>a</sup>	5	480	0,8	1,9	1,0	0,3	3,1	1,8	1,8	2,8	
Zufriedenheit mit dem Einkommen <sup>a</sup>	5	1162	1,1	0,6	0,4	0,1	0,6	1,1	0,8	1,8	
Zufriedenheit mit Besitz des Haushaltes <sup>a</sup>	5	1162	2,6	1,7	0,8	0,2	1,8	1,0	0,7	1,8	

Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage											
Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekte				S*/Kurzfristeffekte				
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	
Erwartete persönliche wirtschaftliche Lage <sup>a</sup>	5	1118	2,3	1,7	0,7	0,2	1,1	0,9	1,7	2,3	
	wesentlich besser	34	4,0	- 7,0	2,4	0,6	- 2,0	- 3,9	- 2,8	8,8	
	etwas besser	211	3,5	- 3,4	0,0	0,1	- 1,4	- 2,2	1,2	2,4	
	gleich	539	0,8	0,2	- 0,7	- 0,1	- 0,6	1,4	1,3	- 2,2	
	etwas schlechter	294	- 3,4	2,7	0,6	0,1	2,4	- 0,1	- 1,9	- 0,2	
wesentlich schlechter	40	- 6,8	2,2	3,7	1,0	- 0,9	- 3,7	- 7,2	11,9		
Erwartete persönliche wirtschaftliche Lage <sup>b</sup>	3	1116	3,4	3,1	0,5	0,1	1,4	1,4	0,7	0,7	
	besser	195	9,7	- 7,7	- 1,6	- 0,4	3,2	- 3,7	2,0	- 1,4	
	gleich	788	- 0,2	- 0,3	0,3	0,1	- 1,0	1,1	- 0,5	0,5	
	schlechter	133	- 13,4	13,0	0,3	0,0	1,6	- 1,0	0,1	- 0,6	
Erwartung der persönlichen Aussichten im Beruf <sup>a</sup>	5	497	0,4	1,2	0,8	0,2	1,1	1,8	0,8	2,2	
Erwartung des Realeinkommens <sup>a</sup>	5	1133	2,6	2,0	0,8	0,2	1,0	1,2	1,1	2,4	
Erwartung des Besitzstandes <sup>a</sup>	5	1138	0,9	1,4	0,9	0,2	1,7	1,0	0,8	2,6	
Betroffenheit von Arbeitsmarktproblemen											
Zur Zeit arbeitslos? <sup>a</sup>	2	342	0,7	0,6	0,1	0,0	0,1	0,2	1,5	2,0	
	ja	40	- 3,2	2,9	0,3	0,1	- 1,1	- 1,2	- 7,3	9,5	
Früher arbeitslos? <sup>a</sup>	2	698	1,7	1,6	0,1	0,0	0,2	0,0	0,7	1,3	
	ja	78	- 8,5	8,1	0,4	0,0	- 2,8	- 0,2	- 3,6	6,6	
Bekannte, Verwandte oder Freunde arbeitslos? <sup>a</sup>	4	1049	2,3	1,9	0,4	0,1	2,7	0,5	1,4	4,1	
	nein	680	1,8	- 1,4	- 0,3	- 0,1	2,9	- 0,4	0,5	- 3,0	
	eine(r)	120	- 2,4	2,6	0,0	- 0,2	- 5,0	2,7	3,2	- 0,9	
	2-4 Personen	174	- 2,8	3,0	- 0,1	- 0,1	- 3,7	- 1,8	- 1,3	6,8	
	5 Personen und mehr	75	- 5,7	2,0	3,0	0,8	- 9,4	2,5	- 6,3	13,1	



## Fortsetzung der Tabelle 8:

Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage											
Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekte				S*/Kurzfristeffekte				
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	
Gab es Entlassungen im Betrieb? <sup>a</sup>	ja	2	347	5,3	3,8	1,2	0,3	0,5	0,6	1,6	0,4
		2	103	-12,8	9,0	3,0	0,8	2,7	1,9	-3,8	-1,0
Gab es Kurzarbeit im Betrieb? <sup>a</sup>	ja	2	364	6,4	5,6	0,7	0,2	0,1	0,6	1,7	0,9
		2	90	-16,8	14,5	2,0	0,4	4,1	2,7	-4,5	-2,5
Haben Sie Vergleich oder Konkurs in Ihrem Betrieb miterlebt? <sup>a</sup>	ja	2	355	0,9	0,3	0,5	0,1	0,5	1,3	0,5	0,1
		2	17	-10,1	3,8	5,0	1,3	5,3	-14,7	8,4	1,0
Arbeitsmarktbezogene Befürchtungen	ja	2	292	4,9	3,2	1,3	0,3	0,9	1,5	1,5	0,8
		2	40	-20,5	13,6	5,7	1,3	-5,3	8,2	-6,6	3,6
Angst vor unfreiwilligem Berufswechsel? <sup>a</sup>	ja	2	298	3,4	2,8	0,5	0,1	1,4	1,6	0,1	0,1
		2	28	-19,8	16,7	2,6	0,4	-9,3	10,3	-0,5	-0,3
Angst vor Arbeitslosigkeit des Ehepartners oder Haushaltsvorstandes? <sup>a</sup>	ja	2	601	1,4	0,4	0,8	0,2	0,2	0,4	1,5	2,2
		2	113	-4,6	1,2	2,7	0,7	-0,8	-1,5	-5,0	7,3
Angst vor Arbeitslosigkeit von Kindern? <sup>a</sup>	ja	2	625	3,2	2,6	0,6	0,1	1,1	0,7	0,6	2,0
		2	290	-6,4	5,1	1,1	0,1	-4,5	1,9	-1,3	4,0
Angst vor unfreiwilligem Berufswechsel des Ehepartners oder Haushaltsvorstandes? <sup>a</sup>	ja	2	606	0,9	0,1	0,8	0,2	1,4	0,4	0,6	2,6
		2	76	-4,2	-0,4	3,7	0,9	-7,6	-1,9	-2,5	12,0

a: Umfrage des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg i. Br., vom Dezember 1982.

b: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Februar 1983.

beiden großen Parteien. Im Dezember 1982 wie im Februar 1983 zeigten sich Unionsanhänger wesentlich optimistischer und SPD-Anhänger wesentlich pessimistischer – und zwar völlig gleichförmig über alle erfragten Aspekte der allgemeinen ökonomischen Zukunftsaussichten hinweg, vom Wirtschaftswachstum über die Arbeitsmarktlage und Einkommensentwicklung bis hin zu Kaufkraft und Lebensstandard (vgl. Tabelle 8). Gleichzeitig hatte der allgemeine ökonomische Optimismus bzw. Pessimismus aber auch mäßige eigenständige Auswirkungen auf die Wahlabsichten: Optimistische Befragte wollten „übernormal“ häufig für die Parteien der neuen Koalition stimmen, Pessimisten hingegen für die Sozialdemokraten und besonders für die Grünen.

Kommen wir nun zu den Gegebenheiten der privaten wirtschaftlichen Lebenslage und den Einstellungen und Erwartungen hierzu. Starke Einflüsse der Parteiidentifikation auf derartige Einstellungen lassen sich kaum ausmachen, wenn man von der höheren (geringeren) persönlichen Zufriedenheit von Unionsanhängern (SPD-Anhängern) – vor allem im Februar 1983 – absieht, was wohl vor allem darauf zurückgehen dürfte, daß Effekte der Schichtzugehörigkeit durch die Parteiidentifikation nicht vollständig erfaßt werden können. Die kurzfristigen Bruttoeffekte spiegeln das bereits von der Zufriedenheit mit der allgemeinen ökonomischen Lage bekannte Bild wider, daß Unzufriedenheit mit den privaten ökonomischen Lebensumständen die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die Grünen auf Kosten vor allem der Parteien der neuen Koalition erhöhte und umgekehrt, wobei die Stärke dieser Effekte in der gleichen Größenordnung liegt wie bei den entsprechenden Einstellungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage<sup>21</sup>.

Nicht nur Einschätzungen der künftigen allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, sondern auch der persönlichen ökonomischen Zukunft werden in einem gewissen Ausmaß von der Parteisympathie beeinflusst. Besonders deutlich drückt sich das in dem allgemeinen persönlichen Optimismus im Februar 1983 aus, kurz vor der Bundestagswahl also. Von hinsichtlich ihrer persönlichen wirtschaftlichen Zukunft optimistischen Befragten wurden damals über 20 Prozentpunkte mehr Stimmen für die Unionsparteien und weniger für die SPD erwartet als von Pessimisten. Hinsichtlich der Bruttoeffekte dieser Einstellungen auf die Wahlabsicht ergibt der Vergleich zwischen Februar 1983 und Dezember 1982, daß wirklich deutliche Abweichungen zwischen erwarteter und beobachteter Wahlabsicht nur in den schwach besetzten Kategorien mit extremem Optimismus bzw. Pessimismus auftraten.

Zum Schluß dieses Abschnittes wollen wir noch auf direkte und indirekte Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit als dem hervorstechendsten Charakteristikum der ökonomischen Krisenerscheinungen des letzten Jahrzehnts und auf entspre-

21 Zur Frage der relativen Gewichtung der Einflüsse von Einstellungen zur persönlichen und zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf das Wahlverhalten im Falle der Bundestagswahl 1983 vgl. Hans Rattinger, Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel: Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1984, S. 183–218.

chende Befürchtungen eingehen. Bei den direkte oder indirekte Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit erfassenden Variablen geben die Langfristeffekte durchweg auch die gemeinsame Abhängigkeit der Parteiidentifikation und der jeweiligen Variablen von sozialstrukturellen Hintergrundfaktoren wider: Arbeiter neigen eher zu den Sozialdemokraten als zu den Unionsparteien und haben gleichzeitig eher Arbeitslosigkeit persönlich oder im sozialen Umfeld oder im Betrieb erlebt. Für die kleinen Parteien sind solche Selektionseffekte nahezu unerheblich. Die kurzfristigen Bruttoeffekte andererseits signalisieren wahlrelevante Auswirkungen solcher Erfahrungen, die durch die niedrigen entsprechenden Effektkoeffizienten  $S^*$  wegen der relativ niedrigen Fallzahlen der jeweils Betroffenen eher verborgen werden. Dabei ist zwischen den sechs einschlägigen Variablen eine interessante Differenzierung ihres Bruttoeffektes auf die Wahlabsichten zu beobachten: Die ersten drei Variablen, welche die persönliche, individuelle Erfahrung mit Arbeitslosigkeit erfassen, schlugen sich sämtlich in „übernormal“ häufigen Wahlabsichten zugunsten der Grünen auf Kosten der neuen Regierungsparteien nieder<sup>22</sup>, die letzten drei Variablen, welche auf die Betroffenheit des Betriebes durch ökonomische Schwierigkeiten abzielen, führten stets zu einer Verstärkung der Unionsparteien über ihr gruppenspezifisches Normalwahlergebnis hinaus.

Für die letzte Gruppe von ökonomischen Einstellungen, also auf den Arbeitsmarkt bezogene Befürchtungen, gilt hinsichtlich der Interpretation der Langfristeffekte und der niedrigen Fallzahlen in den interessierenden Gruppen sinngemäß dasselbe. Auch hier waren die Bruttoeffekte auf die Wahlabsichten nicht einheitlich: Von die eigene Person des Befragten betreffenden Ängsten vor Arbeitslosigkeit oder unfreiwilligem Berufswechsel profitierten eindeutig die Sozialdemokraten. Sorgen um den Arbeitsplatz oder die berufliche Zukunft von Familienangehörigen wirkten sich dagegen eher zugunsten der Grünen und vor allem zu Lasten der Parteien der neuen Regierungskoalition aus, entsprachen also der Richtung des Effekts nach der persönlichen Erfahrung von Arbeitslosigkeit. Solche Unterschiede können hier lediglich konstatiert, nicht jedoch weiter verfolgt werden – etwa unter dem Aspekt der möglicherweise unterschiedlichen Zusammensetzung der Gruppen, die solche verschiedenen Ängste artikulieren.

Zusammenfassend stellen wir fest, daß die hier analysierten ökonomischen Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage bei der Bundestagswahl 1983 nicht diejenigen ökonomischen Einstellungen waren, die in besonders starkem Umfang von der Parteiidentifikation beeinflusst worden wären oder sich davon unabhängig auf das Wahlverhalten ausgewirkt hätten. Der Befund, daß von allen untersuchten Gruppen ökonomischer Einstellungen die Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung am stärksten durch die Parteiidentifikation gefärbt wurden, ist weder überraschend noch

22 Zur ausführlichen Normalwahlanalyse des Wahlverhaltens der Arbeitslosen bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983 vgl. Hans Rattinger, *Politisches Verhalten von Arbeitslosen: Die Bundestagswahlen 1980 und 1983 im Vergleich*, in: Oberndörfer/Rattinger/Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel* (Anm. 21), S. 97–130.

neuartig. Daß die deutlichsten Bruttoeffekte auf die Wahlabsichten für mehr oder weniger direkte Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und entsprechende Zukunftsängste aufgefunden werden, überrascht ebenfalls wenig, verdeutlicht aber die Notwendigkeit, beim Studium der politischen Konsequenzen von ökonomischen Variablen über den Einstellungsbereich hinaus auch den Aspekt der persönlichen Betroffenheit und individueller Lebenslagen adäquat zu berücksichtigen<sup>23</sup>, auch wenn man es dabei teilweise mit recht kleinen Teilstichproben zu tun hat. Ob die abstrakten Effekte der Wirtschaftslage auf das Wahlergebnis 1983 auf dem Weg über Kompetenzbeurteilungen stärker waren als ihre hier berücksichtigten direkten Effekte und Transfereffekte<sup>24</sup>, wird uns später unter 5.5. noch beschäftigen.

#### 5.4. Andere politische Sachfragen

Die in diesem Abschnitt behandelten Sachfragen repräsentieren sogenannte Positionsisues<sup>25</sup>, d. h. Themen, die politisch stark umstritten sind, wie z. B. die Frage nach der Notwendigkeit von Einsparungen im sozialen Bereich oder im Verteidigungshaushalt, die Forderung, auf die Raketennachrüstung zu verzichten oder der Wunsch, die Anzahl der Ausländer in der Bundesrepublik zu verringern. Entsprechend ihrem polarisierenden Charakter sind diese Sachfragen parteipolitisch stark besetzt, wie die vergleichsweise hohen Langfristkoeffizienten belegen (vgl. Tabelle 9).

Am stärksten parteipolitisch determiniert ist der von uns berechnete Index der Gesamtdistanz der Wähler zu den wahrgenommenen Positionen der Parteien, gefolgt von der Variablen „Einsparungen im sozialen Bereich“. So ist beispielsweise der erwartete CDU/CSU-Anteil mit 68,7 Prozent bei denjenigen Befragten, die eher für Einsparungen im sozialen Bereich sind, allein aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikation um 23,3 Prozentpunkte höher als in der Gesamtwählerschaft. — Hinzu tritt überdies bei dieser Variablen ein recht deutlicher Bruttokurzfristeffekt zugunsten der Unionsparteien, die — gemessen am Erwartungswert — bei den Befürwortern von Ausgabenkürzungen im Sozialbereich um 11,4 Prozentpunkte besser abschnitten als in der Gesamtstichprobe. Beim Index der Gesamtdistanz zu den Positionen der Parteien weisen die Grünen zugleich den niedrigsten Langzeit- und den höchsten Kurzeiteffekt von allen Parteien auf, ein weiterer Beleg für die Vermutung, daß es sich hierbei um stark problemorientierte Wähler handelt, deren Wahlentscheidung 1983 weniger von traditionellen Parteibindungen als vielmehr von ihren Einstellungen zu konkreten Sachthemen motiviert worden ist. Hierzu

23 Vgl. hierzu schon Dieter Roth, Ökonomische Variablen und Wahlverhalten: Das Beispiel Arbeitslosigkeit, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 537–550.

24 Zur Unterscheidung zwischen direkten, Transfer- und abstrakten Effekten von ökonomischen Variablen auf das Wahlverhalten vgl. Reinhard Zintl, Zur politischen Wirkungsweise von makroökonomischen Variablen: Ein Problemaufriß, in: Oberndörfer/Rattinger/Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel* (Anm. 21), S. 45–59.

25 Vgl. Donald E. Stokes, Spatial Models of Party Competition, in: Campbell/Converse/Miller/Stokes, *Elections and the Political Order* (Anm. 2), S. 170 f.

Tabelle 9: Andere politische Sachfragen und Wahlverhalten

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Einsparung im Bereich sozialer Sicherheit	7	1145	11,9	10,6	1,4	0,3	2,7	1,9	2,3	3,4
Einsparung im Bereich des Verteidigungshaushaltes	7	1140	7,2	6,2	1,1	0,2	2,3	1,1	1,9	3,5
Nachzug von Gastarbeiterangehörigen	7	1134	5,6	4,8	1,3	0,3	3,0	1,4	1,1	4,5
Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen	7	1113	8,6	8,0	0,8	0,2	1,8	0,7	2,3	1,6
Geringste Distanz auf den Sachthemen	5	1166	15,7	14,8	1,2	0,3	2,4	1,6	2,8	4,9
	CDU-CSU	290	24,9	-22,6	-2,0	-0,3	4,9	-1,5	2,6	-6,0
	SPD	229	-26,2	27,2	-0,6	-0,4	-0,1	4,7	-2,4	-2,2
	FDP	121	3,5	-4,3	0,5	0,2	2,2	-1,5	3,3	-3,8
	GRÜNE	209	-14,9	11,3	3,0	0,6	-6,5	-4,1	-4,9	15,5
	keine	317	5,1	-5,0	0,0	0,1	-1,3	1,4	1,7	-1,7
Für oder gegen Kernkraftwerke	2	1108	10,4	9,2	1,1	0,2	5,1	1,0	2,1	1,2
	dafür	603	21,0	-18,5	-2,2	-0,4	11,1	-2,4	4,3	-13,1
Forderung: keine neuen Raketen	2	1108	10,1	8,8	1,2	0,2	2,7	0,4	0,3	2,7
	Zustimmung	612	-20,5	17,8	2,4	0,4	-6,0	1,1	-0,6	5,5
Für oder gegen Kürzungen des Sozialbereichs	2	1102	10,4	10,2	0,2	0,0	4,7	3,2	2,1	0,5
	eher dafür	375	23,3	-22,7	-0,5	0,1	11,4	-7,7	4,6	-8,4
Verringerung der Zahl der Ausländer	2	1118	5,1	3,2	1,5	0,4	3,0	0,4	1,9	5,4
	eher dafür	905	16,5	-10,4	-4,9	-1,2	9,9	1,6	6,1	-17,6

zählen naturgemäß auch die Einstellungen zur Raketennachrüstung, zum Bau von Kernkraftwerken und vor allem zur Ausländerpolitik. Erstaunen mag aus der heutigen Perspektive, d. h. nach den Friedenskundgebungen des Herbstes 1983 und der anhaltend hohen Arbeitslosenraten, daß bei den Fragen nach Raketennachrüstung, Kernkraftwerken und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zwar „normal“ hohe Langzeitkoeffizienten, aber insgesamt recht niedrige Kurzfristkoeffizienten gemessen werden. Dies trifft insbesondere für die Grünen zu. Sichtlich waren diese schon bald nach der Bundestagswahl so umstrittenen Fragen im März 1983 für den Ausgang der Wahl im Saldo nicht von großer Bedeutung, auch wenn die Unionsparteien von der Befürwortung, die Grünen von der Ablehnung der Raketennachrüstung und des Baus von Kernkraftwerken profitieren konnten (vgl. Tabelle 9).

### 5.5. Kompetenzzuschreibungen an die Parteien

Im Gegensatz zu den polarisierenden und parteipolitisch stark besetzten Positionsissues handelt es sich bei den in diesem Abschnitt behandelten sogenannten Valenzissues<sup>26</sup> um Sachthemen, die politisch nicht umstritten sind, sondern auf allgemeine Zustimmung stoßen. Hierzu zählen beispielweise die Erhaltung (oder die Herstellung) von Preisstabilität, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Renten und der Schutz der Umwelt. Parteipolitisch umstritten ist, wer die größere Kompetenz zur Erledigung dieser Aufgaben besitzt und welche Maßnahmen zu ihrer Realisierung notwendig sind.

Nach der im folgenden Abschnitt abgehandelten Kanzlerpräferenz weisen die Kompetenzvariablen die höchsten im Rahmen dieser Analyse gemessenen Lang- und Kurzzeitkoeffizienten (vgl. Tabelle 10) auf. Insgesamt wurden die beiden Unionsparteien von den Wählern als wesentlich kompetenter angesehen als die SPD. Dies gilt sowohl für die Preisstabilität, die Rentenversicherung, den Abbau der Staatschulden, die Behebung der Arbeitslosigkeit und die Ausländerpolitik als auch, wen kann das erstaunen, für die Kernenergiepolitik und das Verhältnis zu den USA. Ausnahmen waren lediglich die Fragen nach dem Verhältnis zu Osteuropa, nach einem Abbau der Raketen in der Bundesrepublik und nach einer möglichen Steigerung des Einflusses der Bürger in der Politik. Bei der Kompetenz in Sachen Umweltschutz lagen CDU/CSU und SPD etwa gleichauf. Bei diesen Problemen handelte es sich jedoch Anfang März 1983, wie die ebenfalls zur Verfügung stehende Frage nach der subjektiven Wichtigkeit der einzelnen Sachthemen für die Befragten belegt, um die insgesamt als weniger wichtig eingestuften Sachfragen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1980 hatte sich damit das Kompetenzgefälle zwischen den beiden großen Parteien umgekehrt.

Dies belegt auch die Kombination aller neun Sachfragen, wo von den rund 1.100 Befragten, die auf allen neun Themengebieten Kompetenzzuweisungen verteilten, rund 51 Prozent die Unionsparteien und nur etwa 39 Prozent die Sozialdemokraten

26 Vgl. ebd., S. 171 ff.

Tabelle 10: Kompetenzurteile und Wahlverhalten

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Kompetenz Preisstabilität	5	1115	26,3	24,3	1,7	0,3	7,4	6,9	3,9	4,9
	CDU/CSU	495	29,6	-27,4	-1,9	-0,3	9,1	-8,4	4,0	4,7
	beide gleich	214	-17,5	15,3	1,8	0,4	-2,9	4,2	-4,2	2,9
	SPD	255	-34,2	34,0	0,3	-0,2	-9,4	14,3	-3,3	-1,6
	unwichtig keine	71 80	-10,7 -17,9	5,7 15,0	4,0 2,3	1,0 0,5	-8,2 -11,3	-2,0 -2,8	2,3 -5,3	7,9 19,4
Kompetenz Arbeitslosigkeit	4	1110	27,3	25,5	1,6	0,3	8,2	6,6	4,2	3,1
	CDU/CSU	519	29,2	-27,2	1,8	-0,3	9,4	-7,6	4,4	-6,3
	beide gleich	126	-17,0	14,5	2,0	0,4	-2,9	4,4	-3,2	-1,6
	SPD	305	-34,4	33,9	0,6	-0,1	-9,1	10,8	-4,0	2,3
	keine	124	15,7	11,6	3,3	0,8	-13,4	-0,6	-4,5	18,5
Kompetenz Ruhe und Ordnung	5	1116	22,0	19,9	2,1	0,5	6,9	5,9	3,2	5,5
	CDU/CSU	440	27,9	-25,3	-2,2	-0,4	8,1	-6,7	4,1	-5,5
	beide gleich	281	-12,1	10,3	1,5	0,3	2,6	1,8	-2,7	-1,7
	unwichtig	177	-13,1	8,3	3,9	0,9	-13,1	-5,3	-1,8	20,2
	keine SPD	14 204	-10,6 -31,4	2,3 32,9	6,6 -1,0	1,7 -0,5	-4,0 -9,5	8,9 16,1	-10,4 -2,8	5,6 -3,7
Kompetenz Osteuropa	5	1118	19,1	18,3	1,0	0,1	4,9	4,6	0,3	1,3
	CDU/CSU	186	35,9	-32,6	-2,9	-0,4	8,2	-8,6	5,6	-5,1
	beide gleich	156	10,9	-11,8	0,7	0,2	7,5	-3,7	-0,5	-3,4
	SPD	476	-22,1	21,5	0,7	0,0	-5,6	5,7	-1,1	1,1
	unwichtig keine	289 11	7,9 -11,9	-8,1 3,8	0,1 6,4	0,1 1,7	0,3 -6,7	-1,6 -5,0	-1,1 -10,3	2,5 22,0
Kompetenz gutes Verhältnis zu den USA	5	1108	19,0	17,7	1,3	0,3	7,8	4,9	2,5	3,3
	CDU/CSU	515	20,4	-18,9	-1,3	-0,2	7,7	-5,7	2,7	-4,7
	beide gleich	193	-13,3	13,6	-0,2	-0,2	2,4	3,7	-0,5	-5,5
	SPD	160	-31,8	31,9	0,1	-0,2	-7,0	11,9	-3,0	-1,9
	unwichtig keine	233 7	-12,0 -9,6	8,9 -10,3	2,6 15,7	0,6 4,2	-13,6 -21,0	0,2 36,8	-2,8 -19,7	16,2 3,9

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Kompetenz Umweltschutz	5	1111	19,6	18,1	1,5	0,4	7,2	5,5	2,8	4,6
	CDU/CSU	271	35,8	-32,4	-3,0	-0,5	9,9	-7,7	4,5	-6,7
	beide gleich	328	1,8	-2,0	0,2	0,0	4,4	0,5	1,0	-6,0
	SPD	277	-30,4	30,7	0,0	-0,3	-7,8	9,6	-2,6	0,7
	unwichtig	58	10,5	-10,6	0,0	0,0	-2,7	4,4	-2,1	0,4
keine	177	-14,1	8,7	4,3	1,0	-10,2	-5,7	-4,1	20,0	
Kompetenz Sicherung der Renten	5	1117	26,2	24,5	1,5	0,2	8,3	6,0	2,5	1,9
	CDU/CSU	463	31,5	-29,5	-1,8	-0,2	10,4	-7,8	3,0	-5,7
	beide gleich	229	-14,4	13,7	0,7	0,1	-3,3	1,4	-0,6	2,4
	SPD	316	-31,1	30,0	1,1	0,0	-10,2	10,8	-2,8	2,0
	unwichtig	57	-5,8	4,6	1,0	0,2	-3,8	-1,0	0,3	4,5
keine	52	-21,8	15,2	5,3	1,3	-12,1	-1,6	-9,2	22,9	
Kompetenz Abbau der Staatsschulden	5	1121	23,5	22,6	1,0	0,2	7,9	6,1	3,2	3,9
	CDU/CSU	580	22,7	-21,8	-0,8	0,0	8,0	-5,7	3,1	-5,3
	beide gleich	147	-24,2	23,8	0,5	-0,1	-5,3	9,0	-3,9	0,2
	SPD	154	-34,7	35,7	-0,6	-0,4	-9,9	15,5	-3,3	-2,3
	unwichtig	131	-12,9	11,5	1,2	0,2	-12,3	-0,3	-0,2	12,7
keine	109	-23,7	20,0	3,1	0,6	-6,4	-3,3	-6,2	15,9	
Kompetenz Steigerung von Bürgereinfluß	5	1159	16,3	-14,5	1,7	0,3	6,6	5,9	2,8	4,6
	CDU/CSU	171	31,6	-29,2	-2,1	-0,3	10,7	-8,7	4,1	-6,3
	beide gleich	135	1,6	-2,6	0,8	0,2	5,4	0,5	-0,5	-5,4
	SPD	317	-25,9	24,4	1,4	0,2	-10,9	11,7	-2,8	2,0
	unwichtig	332	8,8	-7,1	-1,4	-0,3	3,0	-1,6	2,1	-3,4
keine	102	-12,1	6,8	4,2	1,0	-4,1	-15,7	-6,4	26,2	
Kompetenz auf den neun Sachthemen	3	1113	28,6	26,9	1,5	0,2	10,1	8,4	3,7	2,1



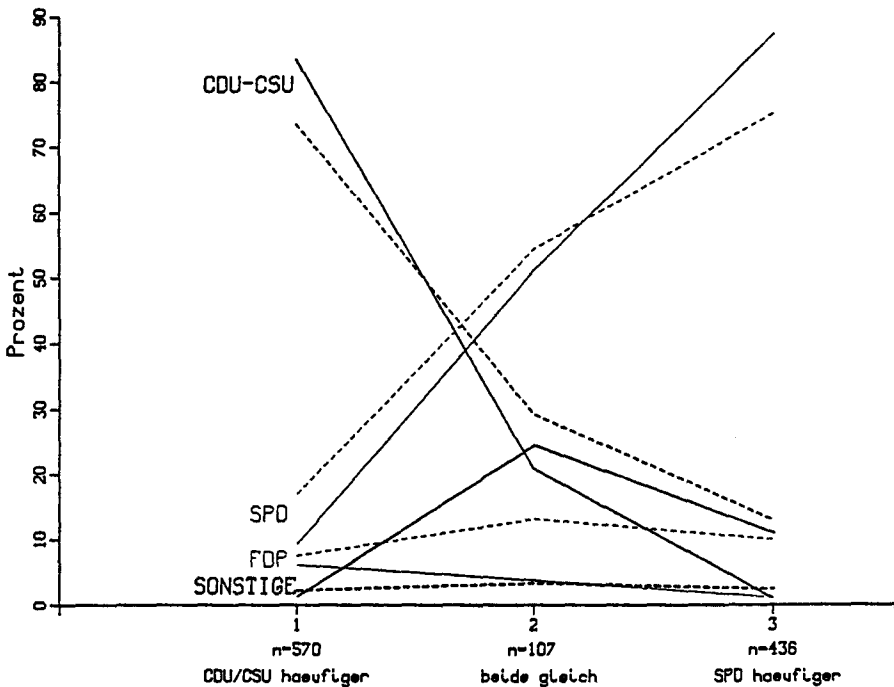
Fortsetzung der Tabelle 10:

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
	CDU/CSU häufiger kompetent	570	28,0	- 26,3	- 1,5	- 0,2	10,2	- 8,1	3,6	- 5,8
	beide gleich	107	- 16,2	11,0	4,1	0,9	- 8,1	- 3,7	- 4,3	16,2
	SPD häufiger kompetent	436	- 32,5	31,6	0,9	0,0	- 11,5	11,6	- 3,7	3,6
Kompetenz Kernenergiepolitik	4	1106	19,7	- 17,8	1,7	0,3	5,3	4,7	2,7	3,9
	CDU/CSU	574	19,1	- 17,1	- 1,6	- 0,3	4,5	- 4,8	2,6	- 2,5
	gleich	167	- 13,1	10,9	1,9	0,4	3,2	0,6	- 1,3	- 2,6
	SPD	233	- 30,0	28,8	1,2	0,0	- 6,2	12,2	- 4,6	- 1,4
	keiner	132	- 12,9	10,0	2,4	0,5	- 13,1	- 1,6	- 1,6	16,3
Kompetenz Raketen in der Bundesrepublik	4	1106	18,8	13,4	1,4	0,4	5,0	4,8	1,2	4,2
	CDU/CSU	262	25,3	- 23,3	- 1,8	- 0,3	8,9	- 5,5	2,5	- 5,8
	gleich	170	2,6	- 3,0	0,3	0,0	3,1	1,2	- 1,3	- 2,9
	SPD	473	- 14,7	15,6	- 0,7	- 0,3	- 3,6	5,4	- 0,6	- 1,1
	keiner	201	- 0,8	- 3,8	3,6	0,9	- 5,6	- 6,5	- 0,8	13,0
Kompetenz Sozialaufgaben	4	1109	11,6	11,5	0,6	0,1	6,8	5,5	1,6	3,3
	CDU/CSU	584	8,9	- 8,4	- 0,6	- 0,1	6,6	- 4,8	1,5	- 3,1
	gleich	124	7,3	- 7,8	0,4	0,0	0,1	2,2	- 2,0	- 0,2
	SPD	316	- 20,3	20,1	0,2	- 0,1	- 8,9	9,2	- 2,0	1,8
	keiner	85	3,5	- 6,1	2,1	0,5	- 13,0	- 3,1	1,2	14,9
Kompetenz Ausländerpolitik	4	1108	16,6	15,1	1,4	0,3	5,3	4,8	2,8	2,5
	CDU/CSU	537	17,2	- 15,6	- 1,4	- 0,3	4,2	- 4,1	2,6	- 2,5
	gleich	225	- 6,8	7,1	- 0,3	- 0,2	- 3,9	1,1	1,0	2,0
	SPD	212	- 28,8	27,6	1,1	0,0	- 10,2	12,9	- 3,9	1,5
	keiner	134	- 11,5	6,4	4,0	1,0	5,5	- 5,2	- 5,2	5,2
Wer sollte regieren, damit Ihre wirtschaftliche Lage zufriedenstellend ist? (FGW)	5	1050	22,7	20,9	2,3	0,5	5,9	5,7	2,6	3,4

häufiger als lösungskompetent bezeichneten; 10 Prozent hielten die beiden großen Parteien für gleich lösungskompetent. Der Einfluß der Kompetenzzuweisungen erfolgte nach dem inzwischen schon vertrauten Muster: CDU/CSU und SPD weisen hohe Langfrist- und Kurzfristeffekte auf, FDP und Grüne hingegen lediglich ausgeprägte Kurzfristeffekte, wobei einige sehr starke Bruttokurzfristeffekte zugunsten der Grünen ins Auge stechen. Wo die Unionsparteien als kompetenter angesehen wurden, konnten sie (und in ihrem Schlepptau auch die FDP) ihren Stimmenanteil gegenüber dem theoretisch erwarteten Wert steigern. Wo die SPD als kompetenter eingeschätzt wurde, fielen CDU/CSU und FDP gegenüber dem erwarteten Wert ab; gleichzeitig wuchs der SPD-Anteil. Ein bemerkenswertes Muster ergibt sich bei den Grünen, die vor allem im Vergleich zur Gesamtstichprobe über den Erwartungswert hinaus bei den Befragten Stimmen gewinnen konnten, die entweder keine der beiden großen Parteien in der betreffenden Frage für lösungskompetent hielten, so z. B. bei den Problemgebieten „Preisstabilität“, „Arbeitslosigkeit“, „Verhältnis zu Osteuropa“, „Sicherung der Renten“, „Nachrüstung“ und „Kernenergie“ oder bei solchen Personen, die – etwa was das Verhältnis zu den USA oder Sicherung von Recht und Ordnung betrifft – diese Issues für unwichtig erachteten (vgl. Abbildung 3).

Vergleicht man die Lang- und Kurzzeitkoeffizienten nicht nur absolut, sondern

Abbildung 3: Kompetenzzuweisungen an die großen Parteien (9 Themen)



berücksichtigt auch ihren Beitrag zur Erklärung der Gesamtstreuung, dann zeigt sich bei den Grünen fast durchgängig, daß ihre Wahlabsicht im Vergleich zu den Wählern der anderen, insbesondere der beiden großen Parteien relativ am stärksten durch Kurzfristfaktoren bestimmt worden ist. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1980 scheinen somit die Wähler der Grünen die der FDP als „rationalste“ Wähler im Sinne von Problemorientierung abgelöst zu haben. Eine Gesamtgewichtung der Kompetenzissues erscheint wegen der hohen Multikollinearität, d. h. des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Variablen, als schwierig. Insgesamt aber entsteht der Eindruck, daß soziale und ökonomische Kompetenzzuschreibungen, insbesondere was die Sicherung der Renten, der Arbeitsplätze und die Staatsverschuldung angeht, für den Wahlausgang wichtiger waren als Kompetenzzuschreibungen in Sachen Umweltschutz, Raketenabrüstung oder Verhinderung von Kernkraftwerken.

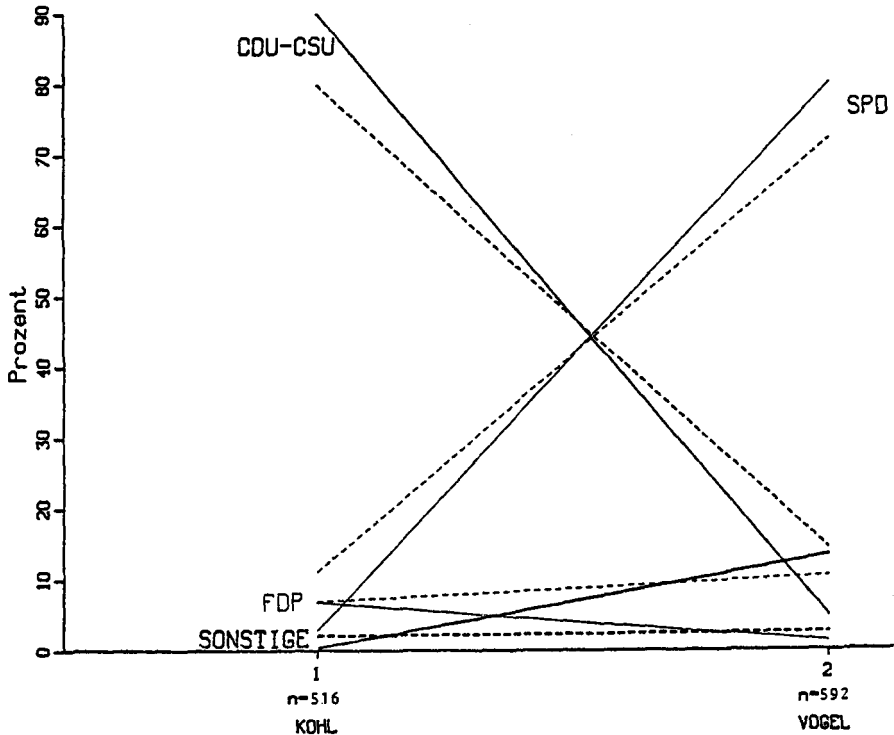
### 5.6. Der Einfluß der Kanzlerpräferenz auf das Wahlergebnis

Gespannt durfte man sein, wie 1983 die beiden neuen Spitzenkandidaten von CDU/CSU und SPD, Kohl und Vogel, das Wahlergebnis beeinflussen würden, nachdem der Wahlausgang 1980 in hohem Maße durch die Polarisierung zwischen den beiden damaligen Spitzenkandidaten Strauß und Schmidt geprägt worden war. Naturgemäß ist die Kanzlerpräferenz stets stark durch die Parteiidentifikation beeinflusst. Verständlicherweise tendieren die Anhänger von CDU/CSU und SPD ganz überwiegend dazu, den Kandidaten „ihrer“ Partei vorzuziehen. Dies belegen die überaus starken Bruttolangzeiteffekte: Bei denjenigen, die sich für Kohl als Bundeskanzler aussprachen, lag der erwartete Stimmenanteil der Unionsparteien allein aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikation um 65,3 Prozentpunkte höher als bei denjenigen, die Vogel vorzogen; der erwartete Stimmenanteil der SPD hingegen lag bei den Kohl-Anhängern um 61,1 Prozentpunkte niedriger als bei den Vogel-Anhängern. Gleichzeitig aber geht von dieser Variablen, insbesondere für die drei etablierten Parteien, ein bemerkenswert starker Kurzzeiteffekt aus (vgl. Abbildung 4): Die Wahlabsicht für die Unionsparteien lag bei den Befragten mit Präferenz für Kohl deutlich über dem Erwartungswert, während bei den Anhängern Kohls die Wahlabsicht zugunsten der SPD naturgemäß erheblich unter dem Erwartungswert lag. Daß auch die FDP von einer Kanzlerpräferenz für Kohl profitieren konnte, belegt ein Blick auf Tabelle 11.

Tabelle 11: Kanzlerpräferenz und Wahlverhalten

Variable	Kategorien	N	L/Langfristeffekt				S*/Kurzfristeffekt			
			CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Kanzlerpräferenz		1108	32,5	30,4	1,8	0,2	9,3	7,6	4,5	1,5
	Kohl	516	65,3	-61,1	-3,6	-0,5	19,6	-16,1	9,1	-12,6

Abbildung 4: Bevorzugter Bundeskanzler?



Insgesamt gelang es unseren Ergebnissen zufolge dem Spitzenkandidaten der CDU/CSU, etwas mehr Stimmen über den erwarteten Anteil hinaus für seine Partei zu gewinnen als dies dem Oppositionsführer für die SPD möglich war. Allerdings konnte Vogel im Gegenzug den Parteien der Regierungskoalition deutlich mehr Stimmen abnehmen als Kohl der SPD, so daß im Saldo Vogel als der etwas erfolgreichere Spitzenkandidat erscheinen könnte. Da diese Unterschiede jedoch derart gering sind, daß sie noch im Bereich des Stichprobenfehlers bleiben, dürfte es gerechtfertigt erscheinen, von einem Patt zwischen den beiden Spitzenkandidaten auszugehen, was ihre persönliche Attraktivität betrifft.

### 5.7. Das Zusammenspiel von Kanzlerpräferenz und Kompetenzzuschreibungen

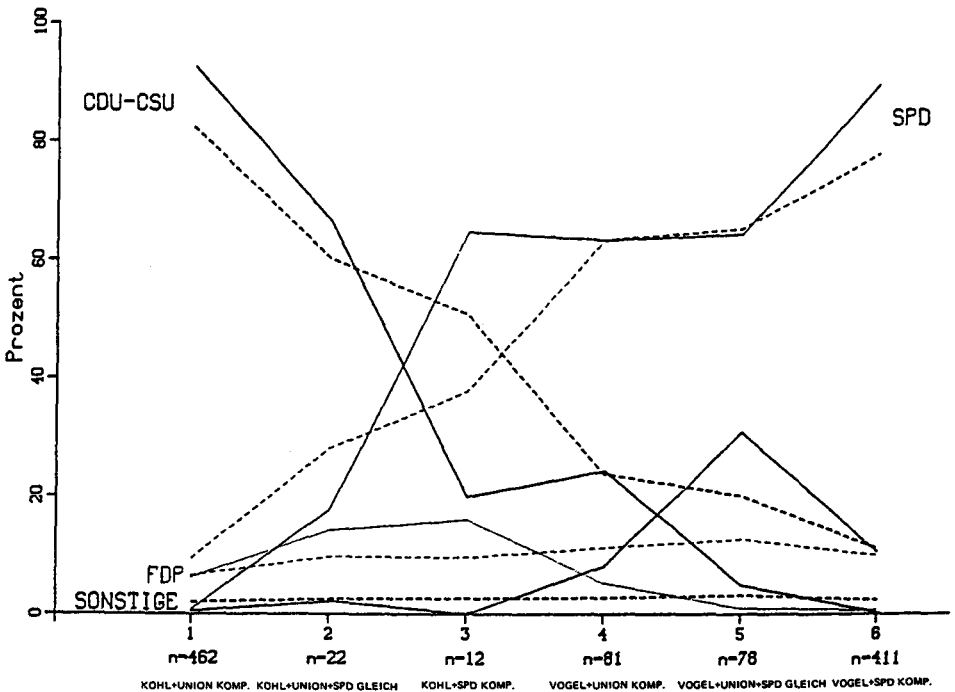
Kanzlerpräferenz und Kompetenzzuschreibungen an die Parteien sind potentiell miteinander verquickt. Dies läßt es wünschenswert erscheinen, gemeinsame und getrennte Effekte beider Variablen zu analysieren. Zu diesem Zwecke hatten wir in unserer Normalwahlstudie zur Bundestagswahl 1980 ein Verfahren entwickelt,

um den Kurzfrstkoeffizienten  $S$  für eine gegebene Variable bei statistischer Kontrolle einer beliebigen dritten Kurzfristvariablen zu berechnen. Dadurch ist es möglich, Scheinzusammenhänge auszuschalten und so den eigenständigen, bereinigten Effekt jeder der beiden unabhängigen Variablen analog zum Verfahren der partiellen Korrelation zu bestimmen.

Die Prozedur besteht, vereinfacht gesprochen, darin, daß man die Kreuzklassifikation der beiden betreffenden Kurzfristvariablen bildet, eine Normalwahlanalyse in den Kategorien der entstehenden Kombinationsvariablen durchführt und anschließend ermittelt, in welchem Umfang die Abweichungen zwischen erwartetem und beobachtetem Wahlergebnis in den Kategorien dieser Kombinationsvariablen durch die erste bzw. die zweite Kurzfristvariable verursacht sind und welche zusätzlichen Abweichungen jeweils auf die andere Kurzfristvariable zurückgeführt werden können.

Ebenso wie in unserer Arbeit zur Bundestagswahl 1980 interessiert uns auch im Falle der Wahl von 1983 besonders das relative Gewicht der Persönlichkeitsfaktoren im Vergleich zu den Kompetenzzuweisungen an die Parteien bei zentralen politischen Sachthemen. Abbildung 5 enthält die Normalwahlgrafik für die Kombination der beiden Merkmale „Kanzlerpräferenz“ und Kompetenzzuschreibungen

Abbildung 5: Kombination Kanzlerpräferenz und Kompetenz auf 9 Issues



an die beiden großen Parteien. Die dazugehörigen Werte der Langzeitkoeffizienten sind erwartungsgemäß sehr hoch (CDU/CSU 33,1, SPD 31,1). Inhaltlich sind sie hier nicht weiter von Interesse. Die entsprechenden Werte der Kurzzeitkoeffizienten S sind in der dritten Spalte von Tabelle 12 aufgeführt. Sie weisen – ebenfalls nicht überraschend – auf hohe Multikollinearität zwischen Kanzlerpräferenz und Kompetenzzuweisungen hin, da sie kaum oder gar nicht höher liegen als die jeweils höchsten Kurzzeitkoeffizienten für diese beiden Variablen bei getrennter Betrachtungsweise.

Es fragt sich, welche dieser beiden Variablen sich auf das Abschneiden der Parteien stärker ausgewirkt hat. Eine gewisse Vorstellung davon, wie die Antwort auf diese Frage aussieht, kann man durch optische Inspektion von Abbildung 5 erhalten. Wegen der stark unterschiedlichen Fallzahlen in den einzelnen Kategorien vermitteln jedoch die partiellen Effektkoeffizienten in den beiden letzten Spalten von Tabelle 12 ein klareres Bild. Sie erfassen die mittleren absoluten Abweichungen zwischen erwartetem und beobachtetem Wahlverhalten, die durch die Kompetenzbeurteilungen über die Kanzlerpräferenz hinaus bzw. umgekehrt erklärt werden. Natürlich beseitigen diese partiellen Effektkoeffizienten das Multikollinearitätsproblem nicht völlig, denn selbst wenn vorab die Effekte der Kanzlerpräferenz aus der Streuung der Wahlabsichten herausgenommen werden, um anschließend den reinen Kompetenzeffekt zu bestimmen, erscheint es immer noch denkbar, daß ein bestimmter Spitzenkandidat deshalb bevorzugt wird, weil seine Partei als kompetenter eingeschätzt wird und umgekehrt. Dennoch bedeutet ein höherer partieller Effektkoeffizient, daß die betreffende Variable einen stärkeren Einfluß auf das Wahlverhalten ausübt, der von Wirkungen der zweiten Variablen völlig frei ist.

In diesem Sinne geben die beiden letzten Spalten von Tabelle 12 zumindest die Möglichkeit, Aussagen darüber zu treffen, welche der beiden Variablen für das Abschneiden welcher Partei wichtiger war. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß die unabhängigen Effekte der Kandidatenpräferenz auf die Wahlabsichten zugunsten der Unionsparteien und der Grünen 1983 stärker waren als die unabhängigen Effekte der Kompetenzbeurteilung. Bundeskanzler Kohl hat, relativ und isoliert

*Tabelle 12: Effekte von Kanzlerpräferenz und Kompetenzbeurteilungen bei gegenseitiger Kontrolle (S\*)*

	Kanzlerpräferenz <sup>a</sup>	Kompetenzbeurteilungen <sup>a</sup>	Kombination <sup>b</sup>	Kontrolle der	
				Kanzlerpräferenz	Kompetenzbeurteilung
CDU/CSU	9,3	10,1	10,3	2,2	3,5
SPD	7,6	8,4	8,6	3,1	1,6
FDP	4,5	3,7	4,5	4,2	1,4
Sonstige	1,5	5,9	5,9	2,5	3,6

a: Werte aus Tabelle 11.

b: S-Werte zu Abbildung 5.

gesehen, mehr Stimmen zur Union gezogen, als dies aufgrund ihrer überlegenen Kompetenzzuschreibungen der Fall war. Umgekehrt war die Stimmabgabe für die Grünen in höherem Umfang ein Votum für Vogel und vor allem gegen Kohl als eine Folge höherer Kompetenzwerte für die Partei. Bei den beiden ehemaligen Koalitionspartnern SPD und FDP verhält es sich genau umgekehrt: Bei ihnen sind die reinen Effekte von Kompetenzurteilen stärker. Die SPD hat folglich gegenüber 1980 nicht so sehr an Stimmen verloren, weil ihr Spitzenkandidat im Vergleich zum Bundeskanzler so unbeliebt war, sondern weil das Vertrauen in ihre Lösungskompetenz in den von den Wählern als wichtig angesehenen kritischen Problembereichen nachhaltig erschüttert war. Analog ist die Wahlentscheidung für die FDP, über die Wirkungen von Parteibindungen hinaus, zu interpretieren: Nicht so sehr der Vergleich zwischen den Spitzenkandidaten von SPD und CDU/CSU steigerte die Wahlabsicht zugunsten der Liberalen als vielmehr der Glaube an die höhere Problemlösungskompetenz einer unionsgeführten Bundesregierung – besonders natürlich, wenn dies mit Skepsis gegenüber absoluten Mehrheiten gepaart war.

Dieses Ergebnis steht in klarem Gegensatz zur Bundestagswahl 1980, bei der die Polarisierung um die Spitzenkandidaten im Vordergrund stand und Kompetenzzuschreibungen in äußerst starkem Umfang durch die Beurteilung der Persönlichkeit des damaligen Bundeskanzlers und seines insgesamt sehr viel weniger beliebten Herausforderers gefärbt wurden. 1980 war keine themenlose Wahl, die politischen Effekte von Sachthemen wurden jedoch durch Kandidatenpräferenzen überlagert. 1983 war das weit weniger der Fall; der neue Kandidat der SPD konnte den Verfall des Vertrauens in die Kompetenz seiner Partei nicht durch Charisma überspielen.

## 6. Abschließende Würdigung

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1983 liegt von den Erwartungswerten, die durch die Normalwahlanalyse berechnet werden, nur geringfügig entfernt. Gleichzeitig unterscheiden sich diese Normalwahl-Erwartungswerte nur mäßig von denen des Jahres 1980. Dies impliziert, daß die Bundestagswahl 1983 keineswegs eine kritische Wahl im Sinne V. O. Keys war, wie das von anderen Interpreten behauptet worden ist. Vielmehr handelte es sich um eine typische machterhaltende Wahl, bei der ungeachtet der Geschehnisse auf der Regierungs- und Koalitionsebene keine massenhaften, längerfristig wirksamen Umorientierungen auf der Wählerebene stattgefunden haben. Dies gilt auch und besonders für die sozialstrukturelle Determination des Wählerverhaltens. Im Gegensatz zu 1980 erreichte die CDU/CSU mindestens ihr Normalwahlergebnis, wenn sie es nicht sogar leicht übertreffen konnte. Die SPD, die 1980 exakt ihr Normalwahlergebnis erzielte, lag 1983 ziemlich klar unter ihrem erwarteten Stimmenanteil. Die FDP blieb im März 1983 ebenso deutlich hinter ihrem erwarteten Stimmenanteil (der allerdings als Ergebnis der Methode leicht überschätzt sein könnte), wie sie ihn 1980 übertreffen konnte. Den Grünen schließlich gelang es, weitaus mehr Stimmen zu erzielen als aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikationen in der Wählerschaft zu erwarten gewesen wäre.

Weiter zeigt sich, daß für die beiden großen Parteien die sozialstrukturelle Determinierung von Parteibindung erheblich stärker ausgeprägt ist als für die FDP oder die übrigen Parteien, insbesondere die Grünen. Im Gegensatz zu SPD und CDU/CSU ist bei letzteren der Einfluß der Sozialstruktur ausschließlich unmittelbar, d.h. er verläuft ohne Umweg über die Parteiidentifikation. In den Langzeitkoeffizienten für die Grünen spiegelt sich deren aus anderen Studien bereits bekannte sozialstrukturelle Zusammensetzung wider. Ein Blick auf den relativen Erklärungsbeitrag der Kurzzeitkoeffizienten belegt ferner, daß die Anhängerschaft der Grünen am weitaus stärksten von allen Parteien ihr Wahlverhalten durch Sachinstellungen und Kompetenzzuweisungen bestimmen ließ. Für alle Parteien waren die Kompetenzzuweisungen deutlich wichtiger als die sogenannten Positionissues. Dabei deuten unsere Ergebnisse darauf hin, daß die Wahl stärker von sozialen und wirtschaftlichen Themen bestimmt wurde als von Fragen des Umweltschutzes, der Nachrüstung oder der Außenpolitik. Die gemeinsame Betrachtung des Einflusses der Kanzlerpräferenz und der verschiedenen Kompetenzbeurteilungen endlich belegt, daß im Gegensatz zu 1980 die Sachthemenorientierung nicht durch Kandidatenpräferenzen überlagert worden ist. Damit unterscheidet sich die Bundestagswahl 1983 von ihrer Vorgängerwahl zwar nicht durch ihren tendenziellen Normalwahlcharakter, wohl aber durch das unterschiedliche Gewicht von Kandidaten- und Themenorientierung, wobei letzterer diesmal erheblich größere Bedeutung zukam als 1980, jener Wahl, die so stark im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß stand.

## Literatur

- Boyd, Richard W., Popular Control of Public Policy, in: *American Political Science Review*, 66. Jg. 1972, H. 2, S. 429–449.
- Campbell, Angus/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York: Wiley 1960.
- Converse, Philip E., The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *Elections and the Political Order*, New York: Wiley 1966.
- Falter, Jürgen W., Parteiidentifikation, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen/Rainer Prätorius (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1981.
- ders., Zur Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse. Einige empirische Ergebnisse, in: Manfred J. Holler (Hrsg.), *Wahlanalyse – Hypothesen, Methoden und Ergebnisse*, München: Tuduv 1984.
- ders./Hans Rattinger, Parties, Candidates and Issues in the German Federal Election of 1980: An Application of Normal Vote Analysis, in: *Electoral Studies*, 1. Jg. 1982, H. 1, S. 65–94.
- dies., Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983.
- Gluchowski, Peter, Wählerfahrung und Parteiidentifikation, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983.
- Kaltefleiter, Werner, Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/1983, S. 3–17.
- Key, V. O. Jr., A Theory of Critical Elections, in: *Journal of Politics*, 17, Jg. 1955, H. 1, S. 3–18.



- Miller, Arthur H./Warren E. Miller, A Majority Party in Disarray, in: *American Political Science Review*, 70. Jg. 1966, H. 3, S. 753–778.
- Miller, Warren E./Teresa E. Levitin, *Leadership and Change: The New Politics and the American Electorate*, Cambridge, Mass.: Winthrop 1976.
- Page, Benjamin E./Calvin C. Jones, Reciprocal Effects of Policy Preferences, Party Loyalties and the Votes, in: *American Political Science Review*, 73. Jg. 1979, H. 4, S. 1071–1089.
- Rattinger, Hans, Einstellungen zur persönlichen und zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 25. Jg. 1984, H. 4, S. 378–402.
- ders., Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel: Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1985.
- ders., Politisches Verhalten von Arbeitslosen: Die Bundestagswahlen 1980 und 1983 im Vergleich, in: ebd.
- ders./Jürgen W. Falter, Normal Vote Analysis: A Methodological Note, in: *European Journal of Political Research*, 12. Jg. 1984, H. 2, S. 277–288.
- Roth, Dieter, Ökonomische Variablen und Wahlverhalten: Das Beispiel Arbeitslosigkeit, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 537–550.
- Stokes, Donald E., Spatial Models of Party Competition, in: Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *Elections and the Political Order*, New York: Wiley 1966.
- Zintl, Reinhard, Zur politischen Wirkungsweise von makroökonomischen Variablen: Ein Problemaufriß, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel: Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1985.